

Nach drei Wochen: Blockade zerschlagen

MONTAG 19.7.: Nach einer, von Esslinger Geschäftsleuten finanzierten Protestkundgebung gegen die geplante Auflösung des Kreises Esslingen im Zuge der Kreisreform, an der 15 000 Esslinger Bürger teilnehmen und bei der OB Klapproth wegen seiner zwiespältigen Haltung in dieser Sache auf Initiative von RP-Demonstranten ausgebuht wird, läuft der Rote-Punkt-Autoverkehr erneut ausgezeichnet (wir waren gebeten worden, zur An- und Abreise der Kundgebungsteilnehmer die Blockaden einzustellen - was wir natürlich verweigert hatten). Es kommt zur erneuter Eskalation der Blockaden am Bahnhof; die Einsätze der Bereitschaftspolizei werden immer brutaler. Kommentator des SPD-Stadtrates und Jugendhaus-Onkels Otto Weinmann: "mich wundert nur, daß die Polizei nicht härter durchgreift

Dabei wurden vor seinen Augen seine "Schützlinge" zusammengeschlagen. Dazu eine Demonstrantin: "Sie haben es bei den Jugendlichen verschissen - Ihr Jugendhaus können Sie zumachen."

Dienstag, 20.7.71: Demonstranten werfen, aufgebracht durch harten Polizeieinsatz (einzelne Demonstranten werden aus den Blockadketten herausgerissen und verprügelt) mit Pfeffer nach den Polizisten. Doch es wird klar: Die allgemeinen Fahrpreiserhöhungen werden nicht zurückgenommen. Nachdem vom DGB keine Unterstützung mehr zu erwarten ist, legt es die Stadt darauf an, die Aktion mit allen Mitteln zu zerschlagen.

Die einzige Chance doch noch eine Rücknahme zu erreichen, wäre durch entschiedene Unterstützung seitens der Gewerkschaften (Mobilisierung ihrer Mitglieder! - welcher Polizeichef könnte es sich zur Zeit leisten, Arbeiter verprügeln zu lassen?) gegeben gewesen.

In der EZ läßt die Belegschaftsversammlung der END eine Entschließung veröffentlichen, die nur auf ein vollständiges Mißverstehen der Rote-Punkt-Aktion seitens der Straßenbahnbediensteten schließen läßt:
EZ 20.7.71

„In Sorge um unsere Arbeitsplätze“

Die Belegschaftsversammlung der Straßenbahn END hat gestern folgende Entschließung gefaßt: „Die gesamte Belegschaft der Straßenbahn END ist seit über zwei Wochen durch die Aktionen jugendlicher Demonstranten gegen die Tarifierhöhung schwersten und auf die Dauer unerträglichen Belastungen ausgesetzt. Wir Arbeitnehmer der END sind neben unseren Fahrgästen die Hauptleidtragenden der Aktion ‚Roter Punkt‘. Unsere Fahrer werden von Demonstranten bedroht und beschimpft, ein besonders für die älteren unerträglicher Zustand.

Mit ihren 69 Arbeitnehmern ist die Straßenbahn END ein kleines Unternehmen, an dem die Fildergemeinden Neulingen, Denkendorf, Neuhausen und Scharnhausen sowie die Stadt Esslingen und die SSB AG beteiligt sind. Wir haben niemand, der unser Defizit bezahlt. In der Vergangenheit sind Nahverkehrsunternehmen dieser Art wiederholt an den Rand der Zahlungsunfähigkeit gekommen, was zuerst immer die Arbeitnehmer trifft. Weder die Gesellschafter noch wir Arbeitnehmer sind ‚Kapitalisten‘.

Notwendige Erneuerungsarbeiten mußten bei der Straßenbahn END seit Jahren unterbleiben, weil sie nicht finanziert werden konnten. Das wissen wir am besten, weil die überalterten Anlagen täglich unsere Arbeit erschweren. An neuen Konzeptionen wird unter Beteiligung der betreffenden Gemeinden zur Zeit gearbeitet. Finanzhilfe von anderer Seite ist nicht zu bekommen. In dieser Lage ist eine Tarifierhöhung unbedingt notwendig, um den Fortbestand der Straßenbahn END zu sichern und unsere Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Forderungen der Demonstranten gefährden heute uns und unsere Familien. Die durchschnittliche Erhöhung um 16% bleibt weit hinter den allgemeinen Preissteigerungen zurück, nachdem der Tarif volle fünf Jahre gleich geblieben war.

Wir leisten eine schwere und verantwortungsvolle Arbeit im Dienst der Allgemeinheit. Die Straßenbahn END muß den Lohn zahlen können, der uns zusteht. Wir verdienen es nicht, daß man unsere Arbeit noch weiter erschwert, mißachtet und unmöglich macht.

Wir bitten alle verantwortungsbewußten Bürger und Kollegen, mitzuhelfen, daß unsere Fahrgäste und wir nicht länger gefährdet und schikaniert werden.“

Die Aktion, deren grundsätzliche Absicht die Vertretung der Lohnabhängigen ist, wird mit dem Argument entgegengetreten, sie gefährde die Existenz des END-Personals. Dies muß auch als das Ergebnis eines massiven Drucks von Stadtverwaltung und Betriebsleitung gedeutet werden. Der ÖTV mit ihrer Studie zum öffentlichen Nahverkehr ist es nicht einmal gelungen, ihren Kollegen bei der END und zum Teil auch

bei den Städtischen Verkehrsbetrieben die Problematik im öffentlichen Nahverkehr klarzumachen.

Der schon zu Beginn der Aktion unternommene Versuch der Stadtverwaltung, die Schüler mit der Erfüllung eines Teils ihrer Forderungen (der Erhöhung des Zuschusses) zu bestechen, wird mit Hilfe der Lokalpresse erneut gestartet:

EZ, Montag, 19.7.71

„Zustandekommen ist gesichert“

OB an Schülermitverwaltungen: Fahrgeldzuschuß wird um 133% erhöht

Der Presse übergab jetzt Esslingens Oberbürgermeister Klapproth ein Schreiben, das er am 18. Juli 1971 an Dagmar Walter, die Sprecherin der Schülermitverwaltung des Georgii-Gymnasiums, richtete. Das Schreiben ist die offizielle Erwiderung auf die Resolution der Schülermitverwaltungen des Georgii- und Schulztor-Gymnasiums vom 28. Juni 1971 an den Esslinger Gemeinderat, die sich gegen die Fahrpreiserhöhungen in Esslingen wendet.

In dem Schreiben heißt es u. a.:

Der Kultur- und Schulausschuß des Gemeinderats hat auf Vorschlag der Verwaltung nunmehr gestern einstimmig beschlossen, den bisherigen Zuschuß der Stadt Esslingen am Neckar zu Schülermonatsfahrkarten um 133 Prozent zu erhöhen (siehe „EZ“ vom 15. Juli 1971 — d. Red.). Dieser Beschluß, der rückwirkend zum 1. Juli 1971 in Kraft treten soll, bedarf noch einiger formeller Abstimmungsvorgänge. Sein Zustandekommen ist jedoch gesichert.

Ich hoffe, daß diese Entscheidung den Esslinger Schülern zeigt, wie sich die Stadt Esslingen bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen optimalen Ausgleich zwischen den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen eines Nahverkehrsunternehmens und der Tatsache zu schaffen, daß viele Bürger, besonders die Schüler, auf die öffentlichen Nahverkehrsmittel angewiesen sind.

Am nächsten und übernächsten Tag wird die Großherzigkeit der Stadtverwaltung erneut gepriesen:
EZ, 20.7.71

Beschlossene Sache: Jetzt 7 DM Fahrkostenzuschuß für die Schüler aus Esslingen

(kö) — Jetzt steht es fest: Die Stadt Esslingen erhöht ihren Zuschuß bei der Schülerbeförderung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln in Esslingen rückwirkend vom 1. Juli ab von bisher drei Mark im Monat auf sieben Mark. Nachdem kürzlich der Kultur- und Schulausschuß einer entsprechenden Vorlage der Verwaltung einstimmig zugestimmt hatte — siehe „EZ“ vom 15. Juli 1971 — sprach sich jetzt ebenso der Verwaltungsausschuß bei seiner Sitzung gestern nachmittag im Alten Rathaus für diesen Antrag aus. Der Verwaltungsausschuß befürwortete auch eine Eilentscheidung in dieser Sache, die Oberbürgermeister Klapproth schon vor dem Kultur- und Schulausschuß angekündigt hatte und die er nun wahrscheinlich heute treffen wird. Der Gemeinderat braucht dazu ja von nun an nur noch Kenntnis zu nehmen.

Hatte man zu Anfang der Aktion ein absichtliches Mißverständnis über die Zielsetzung der RPA zur Spaltung der Beteiligten in "besonders stark Betroffene" (gleich Schüler) und andere (z. B. Arbeiter, die man garnicht für betroffen hält, da ja ohnehin alles teurer wird, weshalb

nicht auch die Straßenbahn, die Löhne steigen ja auch) benutzt, getreu dem Motto: "Nach Erhöhung der Schülerzuschüsse wird die Aktion sinnlos", so gibt Polizeirat Riss nun immerhin zu, daß die Zuschußerhöhung nur einen Kompromiß darstellt:
EZ 21.7.71:

„Sieben DM“ in Kraft gesetzt

OB traf Eilentscheidung über höheren Fahrkostenzuschuß für Schüler •
Polizei hofft jetzt nach dieser Regelung auf Ende „unguter Zustände“

(kö) — Eine Eilentscheidung von Oberbürgermeister Klapproth an Stelle des Vollgemeinderats hat jetzt die schon vom Kultur- und Schulausschuß sowie vom Verwaltungsausschuß beschlossene Erhöhung des städtischen Zuschusses bei der Schülerbeförderung auf öffentlichen Verkehrsmitteln in Esslingen vom 1. Juli 1971 von bisher drei auf sieben Mark monatlich in Kraft gesetzt. Die Eilentscheidung wurde vom Esslinger Stadtoberhaupt noch am Montagabend nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses unterzeichnet und gestern der Stadtkämmerei übergeben.

Polizeirat Riss aus Ulm, der am vergangenen Samstag in Vertretung für den im Urlaub befindlichen Polizeidirektor Immel die Leitung der Polizeidirektion Esslingen übernommen hat, nimmt in einer gestern der Presse übergebenen Erklärung zur „Aktion Roter Punkt“ und zu der Eilentscheidung von Oberbürgermeister Klapproth wie folgt Stellung: „Wir hoffen, daß der Beschluß der Stadt Esslingen auf Erhöhung des Zuschusses an die Schüler dazu beiträgt, diese ungunen Zustände zu beenden. Hier ist wohl ein Kompromiß gefunden worden, der die Betroffenen zufriedenstellen sollte. Wenn nach diesem Beschluß der Stadt Esslingen die Störungen weitergehen, ist der Eindruck sicher nicht fehl am Platze, daß es den Gruppen am Bahnhof nicht mehr um die Fahrpreiserhöhung, sondern um andere Dinge geht.“

Obwohl die Forderung der Aktion, nach Rücknahme aller Fahrpreiserhöhungen keineswegs erfüllt ist, soll es denen, die weiterdemonstrieren, um ganz andere Dinge gehen. Riss führt nicht aus, was damit gemeint ist, malt aber indirekt das Gespenst der linken Gruppen an die Wand, das in reaktionären Leserbriefen an die EZ sowieso dauernd beschworen wurde. Auf diese Weise werden die immer brutaler werdenden Polizeieinsätze und die Kriminalisierung der gesamten Aktion gerechtfertigt.

Nach den harten Auseinandersetzungen mit der Polizei am Montag- und Dienstagabend und der Verhaftung von Wilfried Schindler am Dienstag, macht die

lest
abonniert

was tun

Monatszeitung der
Revolutionär-Kommunistischen Jugend

Bestellungen an:
WAS TUN
68 Mannheim 1,
Str.26

Einzelpreis DM 0,50
Jahres-Abo DM 10,-

S. Kretschmer, P.Sch.A. Ludwigshafen
Nr. 103533

• RKJ dem AK den Vorschlag, die Blockaden aufzugeben. In den letzten Tagen war es für die Polizei immer leichter das Vorgehen der Demonstranten zu kriminalisieren (die massivsten Einsätze waren nachts!) Das Zahlenverhältnis Polizei - Demonstranten verschiebt sich immer mehr zugunsten der Polizei. Viele Demonstranten überlegen nur noch, wie sie die Polizei überlisten können. Es ist zu erwarten, daß weitere Blockaden nur zu Schlägereien mit der Polizei führen würden, was letzten Endes den politischen Charakter der Aktion verschleiern würde.
Eine zunehmende Demoralisierung macht sich unter den Schülern breit: es wird

deutlich, daß bis zum Beginn der Schulferien, die ein zwangsläufiges Ende für den Roten Punkt bedeuten, die Stadtverwaltung nicht zu zwingen ist, die Fahrpreiserhöhung zu revidieren, im Gegenteil, die Offensive die seither in den Händen der Demonstranten lag, geht nun von der Stadt aus.

Die Aktion hat ihren Höhepunkt überschritten.

Für die Polizei hat sich die Rädelsführertheorie, die im Fall Wolfram Burger so kläglich versagt hat, nun mit der Verhaftung von Wilfried Schindler endlich doch "bestätigt": Wilfried Schindler war an allem schuld.

So berichtet die STZ am 22.7.71.

Mutmaßlicher Kopf der Aktion abermals festgenommen

Verliert der Rote Punkt an Farbe?

Aufenthalt des Führungskollektivs unbekannt — Wieder regelmäßiger Straßenbahnverkehr —

Die Aktion Roter Punkt in Esslingen, die aus Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen der Linie Esslingen—Nellingen—Denkendorf (END) seit 15 Tagen den Straßenbahnverkehr blockiert, scheint am Ende zu sein: Nachdem es Dienstag nacht zu größeren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, als Demonstranten Pfeffer als Waffe benutzt hatten, waren gestern nur einige 14- bis 16jährige Rote-Punkt-Sympathisanten am Bahnhof, die erklärten, sie wüßten nicht, wo sich das Führungskollektiv der Aktion aufhalte. Die Esslinger Polizei glaubt hingegen zu wissen, warum der Rote Punkt „so sang- und klanglos aufgibt“. Sie nahm Dienstag nacht einen 23jährigen Handwerker, den sie für den Kopf der Aktion hält, zum zweiten Mal fest und brachte ihn in Polizeigewahrsam. Er war auch gestern noch nicht entlassen.

Auf Blockade verzichtet

Aus größtenteils linksgerichteten Jugendgruppen (zum Beispiel revolutionär-marxistische Jugend) rekrutierte sich Anfang Juli der Rote Punkt, nachdem die END ihre Preise kräftig erhöht hatte: Schülerkarten um fünfzig Prozent, die übrigen Fahrkarten um 16 Prozent. Insbesondere Schüler gingen bald zum massiven Protest über. Sie setzten sich auf die Schienen der Straßenbahn vor dem Verkehrsknotenpunkt am Bahnhof und begannen später auch die Busse zu blockieren. Den Autofahrdienst, den die Rote-Punkt-Leute für die Straßenbahnfahrergäste eingerichtet hatten, klappte zumindest in den ersten Tagen ausgezeichnet und fand auch Sympathie bei der Bevölkerung. Die Polizei wählte eine Hinhaltenaktik. Sie nahm zwar im Verlauf einiger Auseinandersetzungen Demonstranten fest und erstattete bis jetzt 28 Anzeigen, ließ aber die Schienendemonstranten im großen und ganzen gewähren.

Diese Taktik änderte sich offensichtlich Dienstag nacht, als es zu schwereren Zusammenstößen mit der Polizei kam. Landespolizeipräsident Kuhn, Augenzeuge der Rote-Punkt-Eskalation, ordnete daraufhin an, daß die Polizisten ab sofort beim Einsatz gegen den Roten Punkt Schutzhelme zu tragen hätten. Die Polizei verhaftete in dieser Nacht zudem einen 23jährigen Handwerker, angeblich den politischen Kopf der Aktion Roter Punkt. Nach Auskunft der Polizeidirektion war der Mann gestern noch in Gewahrsam.

Gestern mittag machten Polizei und Straßenbahn dann die Probe aufs Exempel. Sie ließ den Straßenbahnverkehr, der sonst regelmäßig um 12.00 Uhr eingestellt wurde, passieren, und nichts geschah. Das Häuflein der Demonstranten erklärte: „Wir sind zu wenige und verzichten auf die Blockade der Bahnen.“

Als es in den Abendstunden dann doch noch zu einigen Störungen kam, wurden drei demonstrierende Schüler festgenommen. Der Verkehr lief jedoch trotz einiger Behinderungen.

Amtsgerichtsrat Steudle zeigt sich, wie schon bei W. B. überaus willig, den Verhaftungen der Polizei seinen richterlichen Segen zu erteilen.
EZ am 23. 7. 71

Sieben Tage Gewahrsam

23jähriger „Roter-Punkt“-Demonstrant dem Amtsgericht vorgeführt

(k6) — Auf Antrag der Ortspolizeibehörde, also des Bürgermeisteramts Esslingen, wurde dem Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit beim Amtsgericht Esslingen am Mittwoch der 23jährige Metzger W. S. aus Esslingen, Angehöriger der „Aktion Roter Punkt“, vorgeführt. Der Metzger war am Dienstag, gegen 22.30 Uhr, bei der Blockade eines Omnibusses am Esslinger Bahnhofplatz von der Polizei nach Paragraph 22 des Polizeigesetzes in Gewahrsam genommen worden. Das Amtsgericht Esslingen bestätigte am Mittwoch durch Beschluß den Gewahrsam auf die Dauer von sieben Tagen. Ob der junge Mann gegen diesen Beschluß sofortige Beschwerde eingelegt hat, war gestern noch nicht bekannt.

W. S. war bereits am 8. Juli 1971 an der Obusschleife in der Lerchenäckern von der Polizei vorläufig festgenommen worden, als ein Obus im Rahmen der Rote-Punkt-Aktion blockiert worden war. Wenig später wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt, ebenso wie rund 40 Angehörige des „Roten Punkts“, die jetzt seit Beginn der Aktion am 1. Juli 1971 vorübergehend festgenommen worden waren.

In der Begründung des Beschlusses gegen W. S. nennt das Amtsgericht Esslingen den Metzger einen maßgeblichen Mitbeteiligten und geistigen Urheber bei rechtswidrigen Übergriffen, der auch aktiv öffentliche Verkehrsmittel an der Fahrt gehindert und damit fortgesetzt Recht und Ordnung erheblich verletzt habe.

Der über W. S. verhängte Gewahrsam ist seit dem 1. Juli 1971 der zweite Fall, bei dem auf den Paragraph 22 des Polizeige-

setzes zurückgegriffen wurde. Schon am 9. Juli war — wie berichtet — ein 20jähriger Student aus Esslingen ebenfalls bei einer Blockade in Gewahrsam genommen worden, der auch vom Amtsgericht Esslingen auf die Dauer von sieben Tagen bestätigt wurde. Aus formellen Gründen hob die II. Zivilkammer beim Landgericht Stuttgart auf die sofortige Beschwerde des Studenten den Gewahrsam auf. Den Antrag auf Gewahrsam beim Amtsgericht hatte nämlich die Polizeivollzugsbehörde und nicht die Ortspolizeibehörde gestellt.

Bis einen Tag vor Beginn der Schulferien (28. 7. 71) wird der Autobahnhof aufrechterhalten. Der Informationsstand am Bahnhof bleibt mit Mitgliedern des AK besetzt. Am Montag, dem 26. 7. 71, findet nochmals eine Demonstration für W. S. statt. Die Forderungen sind :

- sofortige Freilassung von W. S.
- Zurückziehen der Strafanzeigen gegen Demonstranten.
- sofortige Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen.

Schon einige Tage vorher waren Wandaufschriften „Laßt Schindler frei“ und „Freiheit für Schindler“ in der Stadt aufgetaucht. Die Demonstration hatte weniger Teilnehmer als die vorangegangenen und endete mit einem kurzen Teach-in auf dem Blarerplatz. Am nächsten Tag wurde Schindler einen Tag früher als vorgesehen entlassen.

EZ am 28. 7. 71:

Gewahrsam aufgehoben

Einen Tag vorzeitig aus dem Gewahrsam entlassen wurde gestern der 23jährige „Rote-Punkt“-Demonstrant W. S. aus Esslingen. Der junge Mann war am 20. Juli 1971 bei der Blockade eines Omnibusses von der Polizei nach § 22 des Polizeigesetzes in Gewahrsam genommen und auf Antrag der Ortpolizeibehörde dem Esslinger Amtsgericht vorgeführt worden, das den Gewahrsam bis einschließlich heute abend bestätigte.

Auf die sofortige Beschwerde des Demonstranten gegen den Beschluß des Amtsgerichts liegt noch keine Entscheidung des Landgerichts Stuttgart vor. Ein kurzer Beschluß wird wahrscheinlich auch angesichts der gestrigen Freilassung noch gefaßt werden.

Eine Pressemitteilung des Esslinger Ordnungsamts von gestern hat den folgenden Wortlaut: „Das Aktionskomitee ‚Roter Punkt‘ hat in seinem Flugblatt Nr. 16 vom 24. 7. 1971 seine Entscheidung, die Blockade der öffentlichen Verkehrsmittel aufzugeben, öffentlich bekanntgegeben. Tatsächlich haben auch seit 22. 7. 1971 keine Blockaden mehr stattgefunden. Auch ein am 26. 7. 1971 durchgeführter Demonstrationszug ist ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Verkehrsmittel verlaufen.“

In der Annahme, daß auch der in Gewahrsam genommene Herr W. S. nach seiner Freilassung dieser Entwicklung sich anschließen und sie respektieren wird, konnten die Voraussetzungen, die am 20. Juli 1971 zu seiner Ingewahrsamnahme geführt haben, als entfallen angesehen werden.

Das Bürgermeisteramt als Polizeibehörde hat daher am 27. 7. 1971 den Gewahrsam gemäß § 22 Abs. 3 Polizeigesetz mit sofortiger Wirkung aufgehoben.“

Die Entscheidung, Schindler freizulassen, wurde vom Bürgermeisteramt getroffen, als das Landgericht Stuttgart (als Berufungsinstanz) gerade in der Beratung über Schindlers Beschwerde begriffen war. Damit wollte die Stadt Esslingen einer erneuten Blamage vorbeugen, denn bei Wolfram Burger hatte das Landgericht in der zweiten Instanz die Verhaftung als nicht gerechtfertigt angesehen.

Die Reaktion hat sich durchgesetzt:

Im Auftrag der Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der EZ (Amtsblatt für den Kreis Esslingen) hat die Polizei unter den Augen der Gewerkschaft und der DKP die Aktion zerschlagen. Der „rechts- und ordnungswidrige Zustand“ (Stuedle) war beseitigt.

Die Straßenbahn fährt wieder, die höheren Fahrpreise sind durchgesetzt. Aber die Herrschenden und ihre Handlanger werden sich mit einigen Folgen der Rote-Punkt-Aktion noch herumschlagen müssen: mit der politischen Bewußtwerdung und der Kampferfahrung breiter Schichten von Jugendlichen.

Ein anderer Effekt der Rote-Punkt-Aktion zeigte sich schon weniger Wochen nach ihrer Zerschlagung:

St. Z. vom 9. 8. 71:

Esslinger Polizei will protestieren

Gegen pauschalvergütete Ueberstunden bei Demonstrationen 9. 8. 71

§ 7. Zu einer öffentlichen Protestkundgebung, die am Donnerstag, 12. August, um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Talblick“ in Esslingen-Zollberg beginnt, hat der Landesbezirk Baden-Württemberg der Gewerkschaft der Polizei alle Polizeibeamte der Landespolizeidirektion Esslingen eingeladen. Wie der Landesbezirksvorsitzende, Jan-Dietrich Siemann, mitteilte, richte sich der Protest gegen die Absicht des Innenministeriums, den anstrengenden Mehrdienst der Polizeibeamten bei den Demonstrationen in Esslingen durch eine Pauschalregelung zu vergüten.

So sollten eine monatliche Mehrdienstleistung von 12 bis 24 Stunden mit 90 Mark, von 24 bis 36 Stunden mit 150 Mark, von 36 bis 48 Stunden mit 210 Mark und über 48 Stunden mit 270 Mark vergütet werden. Bei 24 Mehrdienststunden entspreche der dafür vorgesehene Satz einem Stundenlohn von 3,75 Mark, bei 36 Mehrstunden einem Stundenlohn von 4,16 Mark und bei der Pauschale über 48 Mehrdienststunden einem Stundenlohn von 5,63 Mark.

Damit erhalte ein Polizeibeamter, betonte Siemann, für seinen psychisch und physisch anstrengenden Dienst eine weit geringere Bezahlung als eine Putzfrau. Zudem müsse diese Vergütung noch versteuert werden. Siemann wies weiter darauf hin, daß unter den Beamten der Polizeidirektion Esslingen schon große Empörung über diese Absicht herrsche, zumal sehr viele Polizisten teilweise über 100 Mehrdienststunden in einem Monat aufzuweisen hätten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert deshalb als Vergütung für jede Mehrdienststunde mindestens zehn Mark, zumal ihrer Ansicht nach auch für die in Esslingen tätigen Polizeibeamten die Vorschriften des Landesbeamtengesetzes über die Arbeitszeit gälten. Die GdP hat zu der Protestversammlung, bei der der Landesbezirksvorsitzende Siemann sprechen wird, auch Beamte benachbarter Polizeidirektionen eingeladen, die ebenfalls von der vom Innenministerium vorgesehenen Regelung betroffen sind.

sic

Wenn die Polizeibeamten schon wegen ihrem Vorgehen gegen die Rote-Punkt-Aktion mit sich selbst in Konflikt geraten und bei ihren Familien, Freunden und Nachbarn auf Ablehnung stoßen, so möchten sie wenigstens von ihren Auftraggebern gedeckt und honoriert werden!

Die politischen Möglichkeiten und Bedingungen einer Fahrpreiskampagne

Die Aktionen "Roter Punkt" zeigen exemplarisch die Irrationalitäten des kapitalistischen Systems auf: Nach dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte sind offensichtlich in vielen Bereichen (Verkehrswesen, Gesundheitswesen etc.) kostenlose Dienstleistungen objektiv möglich, für die Bevölkerung notwendig und gesamtwirtschaftlich billiger. Der Kapitalismus aber erweist sich als unfähig, zum Beispiel das Verkehrswesen rational und nach den Bedürfnissen der Bevölkerung zu organisieren, denn einer solchen Lösung stehen die Profitinteressen der privatkapitalistischen Verkehrsbetriebe, der Automobilindustrie, der Mineralölkonzerne etc. entgegen. Eine ähnliche Unfähigkeit offenbart der kapitalistische Staat, wenn es darum geht, dringende gesellschaftliche Probleme wie Umweltschutz, Wohnungsbau etc. zu lösen.

Solche Widersprüche außerhalb der eigentlichen Produktionssphäre verschärfen sich im Neokapitalismus zusehends. Parallel dazu gewinnen auch die Kämpfe der Bevölkerung auf diesen Gebieten zusehends an politischer Bedeutung - Kämpfe, die sich tendenziell gegen das kapitalistische System wenden, da es immer klarer wird, daß es unfähig ist, die überhandnehmenden Probleme zu lösen. Immer mehr Schichten der Bevölkerung, die bisher nicht an Kämpfen der Arbeiter teilgenommen haben, geraten in Bewegung - allen voran natürlich die Schüler und Studenten.

In einem kurzen Abriss soll nun zuerst einmal versucht werden, die geschichtlichen und ökonomischen Zusammenhänge, die dem Problem des Massenverkehrs zugrunde liegen, darzustellen.

Mit der Industrialisierung setzte eine ungeheure Zuwanderung in die Städte ein, ein Prozeß, der noch längst nicht abgeschlossen ist, und der schon jetzt zum Entstehen von großen Ballungsräumen geführt hat. In zwei, drei Jahrzehnten werden 90 % der Bevölkerung der BRD in solchen Ballungsräumen wohnen. Mit der neuen kapitalistischen Produktionsweise kam es zur räumlichen Trennung von Wohnung und Arbeitsplatz, und mit zunehmenden Bevölkerungszahlen wuchsen die Entfernungen: das Problem des innerstädtischen Verkehrs, des Transports der Produzenten zur Produktionsstätte, entstand. Ständig wachsende Arbeitermassen mußten zur Fabrik und wieder zurück transportiert werden. Die Kapitalisten brauchten billige Transportmittel, um einerseits die Kontinuität ihrer Produktion und damit ihres Profits zu sichern, und um andererseits den Preis der Ware Arbeitskraft so niedrig wie möglich zu halten. So wurde z. B. in Berlin um die Jahrhundertwende mit dem Bau von U-Bahn und S-Bahn begonnen.

Die Produktionsbetriebe zogen folgerichtig andere Einrichtungen nach sich, insbesondere Dienstleistungsunternehmen. Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte sich diese Tendenz. Dienstleistungen und Verwaltungen verdrängen andere Unternehmen aus dem Innern der Städte und besonders auch die Nutzung der Gebäude als Wohnungen. Wie vollzieht sich nun dieser Nutzungstausch? Die Flächennutzung wird vollkommen umstrukturiert. Wohnhäuser werden abgerissen, neue Verwaltungspaläste entstehen. Beispiele dafür sind

das Frankfurter Westend und der Stuttgarter Westen. Dienstleistungsbetriebe sind bestrebt, sich dort niederzulassen, wo sich möglichst viele potentielle Kunden aufhalten. Diese Voraussetzung erfüllen die Stadtzentren am besten. Mit der Zahl der Kunden steigt der Profit und damit die Neigung des einzelnen Unternehmers, einen Teil des Profits in Form von überhöhten Mieten oder Grundstückspreisen abzugeben. Der Effekt: Die Grundstückspreise steigen in der City, und Nutzungen, die diesen Profit nicht einbringen, werden dort hin verdrängt, wo sie noch rentabel sind - an die Stadtränder. So nimmt die Zahl derer zu, die auf dem Weg zu ihrem Arbeitsplatz auf ein Verkehrsmittel angewiesen sind. Zusammengefaßt heißt das: Durch die Industrialisierung entsteht das Problem des innerstädtischen Massenverkehrs, und die weitere Entwicklung unserer Städte zu immer größeren Agglomerationen verschärft dieses Problem noch. Der Kapitalismus erweist sich als unfähig, dieses Problem zu lösen. So erklärt sich auch die breite Mobilisierung der Bevölkerung auf den Gebieten des öffentlichen Nahverkehrs und der Erhaltung von billigem Wohnraum in den Innenstädten.

Der Massentransport lief bisher zu einem erheblichen Teil auf individueller Basis mit privaten PKW's ab. Die Straßenbahn bekam ein altmodisches "Arme - Leute - Image". Dieses privatisierte Verkehrssystem ist an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt oder versagt bereits. Viele bürgerliche Verkehrsexperten und Politiker haben das erkannt und machen Propaganda für ein "modernes, leistungsfähiges Nahverkehrssystem". Natürlich geht diese Entwicklung auf Kosten der mächtigen Autoindustrie - jeder sechste Beschäftigte in der BRD lebt direkt oder indirekt vom Auto. Aber schon immer widersetzte sich die Mehrzahl der Kapitalisten dem Interesse eines einzelnen Industriezweiges, um das übergeordnete gesamtkaipalistische Interesse am Erhalt des Systems zu verteidigen. Außerdem tut sich mit dem neuen Nahverkehrssystem auch ein neuer und höchst profitabler Markt auf. General Motors, Bölkow und viele andere haben das längst erkannt.

ZUM CHARAKTER DER FORDERUNGEN

Soche neuen Transportsysteme verursachen Kosten in astronomischer Höhe. Schon das vergleichsweise bescheidene U-Bahnnetz von Stuttgart wird 900 Millionen DM kosten. Um dem Auto Konkurrenz machen zu können, muß das Streckennetz und die Zugfolge (Kabinenfolge etc.) solcher Systeme so dicht und der Fahrpreis so niedrig sein, daß ein Anreiz zum Abschied vom Auto entsteht. Das ist aber nicht möglich, wenn die Investitionskosten und die Betriebskosten aus dem Fahrkartenverkauf gedeckt werden müssen, oder wenn gar ein Profit erwirtschaftet werden soll.

Wenn nun also sicher ist, daß neue Verkehrssysteme gebaut und - einschließlich der jetzt schon bestehenden - entweder zum Nulltarif oder wenigstens zu einem sehr niedrigen Einheitstarif betrieben werden müssen (siehe die Studie der ÖTV vom Juli 1971), so erhebt sich die Frage, wer die entstehenden Kosten aufbringen soll. Es ist durchaus möglich, daß durch den Druck der objektiven Lage und der öffentlichen Meinung die Unternehmer gezwungen werden, mindestens einen Teil der Finanzierung zu übernehmen. Natürlich werden die Kapitalisten versuchen, die zusätzlichen Kosten über erhöhte Preise auf die Endverbraucher abzuwälzen. Der Lohnraub findet dann eben an anderer Stelle statt. Das bedeutet also, um den verschleierte Lohnraub nicht erneut zu ermöglichen, muß eine weitergehende Forderung gestellt werden: die Gleitende Lohn - Preis - Skala, d. h. über die jähr

lich erkämpften Lohnerhöhungen hinaus werden die Löhne automatisch um den Kaufkraftschwund erhöht.

Die Forderungen der GIM/RKJ für die Aktion Roter Punkt (Nulltarif, Gleitende Lohn-Preis-Skala) haben tendenziell den Charakter von Übergangsforderungen. Sie haben die Aufgabe, das Bewußtsein der Arbeiterklasse, das sich zur Zeit im wesentlichen darauf beschränkt, den sozialen, d. h. den ökonomisch bedingten Stand gegenüber der herrschenden bürgerlichen Klasse zu verteidigen, in ein sozialistisches, revolutionäres Bewußtsein zu verwandeln. Ausgangspunkt der Forderungen ist die jeweilige Situation des Klassenkampfes und der jeweilige Bewußtseinsstand vor dem Hintergrund der Widersprüche des kapitalistischen Systems. Diese Widersprüche können in Kampfsituationen, z. B. bei Fahrpreiserhöhungen, Streiks, Tarifauseinandersetzungen, als dem kapitalistischen System immanent aufgezeigt werden. Und mithilfe von Forderungen, die den Charakter von Übergangsforderungen haben, läßt sich vermitteln, daß die Enge und Irrationalität der bestehenden Ordnung im Grunde zu sprengen ist. Sie sind den Lohnabhängigen unmittelbar einsichtig, knüpfen am aktuellen Bewußtseinsstand an, sind aber gleichzeitig innerhalb des kapitalistischen Systems nicht ohne weiteres verwirklichtbar. Sie werden dann verwirklicht, aber eben nur teilweise, wenn das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, bei Rote-Punkt-Aktionen konkret zwischen der Jugend auf der einen Seite und dem kapitalistischen Staatsapparat auf der anderen, entscheidend verändert wird, wie das ansatzweise und momentan bei der Durchsetzung des 50 - Pfennig - Einheitstarifs im Juni 1968 in Hannover der Fall war.

DIE AVANTGARDEROLLE DER RADIKALISIERTEN JUGEND

Obwohl die Mehrheit der Lohnabhängigen zur Zeit nichts vom Sozialismus wissen will, hält sie die Forderung nach schnellen, bequemen und kostenlosen Nahverkehrsmitteln für richtig. Die Arbeiter schimpfen zwar auf den stalinistischen Bürokratismus in der Sowjetunion, der DDR und den anderen osteuropäischen Staaten, diesen "Sozialismus" aber verstehen sie. Er ist für sie konkret und erscheint ihnen wünschenswert, ja notwendig. Deshalb stehen die Arbeiter dem Kampf der Jugendlichen bei Rote-Punkt-Aktionen positiv gegenüber. Und das, obwohl sie wissen, daß es Kommunisten, Linke (noch dazu mit langen Haaren und roten Fahnen) sind, die die Initiative zur Aktion Roter Punkt ergriffen haben. Mancher bewußte Arbeiter erinnert sich in solchen Aktionen an die durch den Faschismus verschüttete Kampftradition der Arbeiterklasse. Hier kann ein konkreter Schritt hin zur oft beschworenen Aktionseinheit von revolutionärer Jugend und Arbeiterklasse geleistet werden!

Dort, wo die Arbeiterklasse aufgrund der Bürokratisierung ihrer traditionellen Interessenvertretungen (Gewerkschaften) die Durchsetzung ihrer Forderungen nicht selbst in die Hand nimmt, können Jugendliche diesen Kampf initiieren, den Arbeitern vormachen, wie man für seine Interessen kämpfen muß. Die Erfahrungen bei allen Rote-Punkt-Aktionen in der BRD zeigen denn auch, daß sie durchweg von Jugendlichen eingeleitet werden. Erst im Anschluß an deren militante Aktionen solidarisieren sich spontan (ohne lange auf eine eventuelle Initiative "ihrer" Parteien oder "ihrer" Gewerkschaften zu warten) große Teile der Lohnabhängigen. Dies geschieht im allgemeinen in Form von Solidaritätsunterschriften, Unterstützung des Rote-Punkt-Mitfahrdienstes und Sympathiebekundungen für die Jugendlichen bei Polizeieinsätzen (während die aktive Teilnahme an Blockaden immer Ausnahmen bleiben).

Von Fahrpreiserhöhungen ist vor allem die lohnabhängige Bevölkerung betroffen. Die die Aktion tragenden Jugendlichen kämpfen also nicht unmittelbar für ihre eigenen Interessen. Das zeigte sich deutlich 1969 in Hannover, wo die Jugendlichen von den Fahrpreiserhöhungen vorerst überhaupt nicht betroffen waren, aber dennoch den Kampf dagegen aufnahmen. Das zeigte sich auch im Juli 1971 in Esslingen, wo die Jugendlichen, nachdem die Fahrpreiserhöhungen für ihre Fahrkarten de facto wieder zurückgenommen worden waren, den Kampf weiterführten, um die Zurücknahme sämtlicher Fahrpreiserhöhungen durchzusetzen. Der Kampf der Jugendlichen gilt deshalb nicht nur ihren spezifischen Interessen, sondern auch den Interessen der Arbeiterklasse, für die sie ihn stellvertretend führen. Unter den Jugendlichen bildet sich am schnellsten politisches Bewußtsein, und die Schüler, Lehrlinge und Studenten sind sofort für weitreichende Forderungen unter dem Zeichen der roten Fahne mobilisierbar.

SPONTANE MASSENAKTIONEN...

Fahrpreiskampagnen haben ihren Ursprung in der APO, die der erste Ausdruck der weltweiten Jugendradikalisierung in der BRD war. Als zunächst reine APO - Aktionen zeigen sie die typischen Merkmale dieser antiautoritären Phase des antiimperialistischen, antikapitalistischen Kampfes. Sie sind ursprünglich spontan entstanden, die Initiative war individueller Natur, wie wurden von keiner festen Organisation geleitet. Sie bestimmten sich nur am momentanen Geschehen und waren nicht in eine politische Strategie eingebettet! Sie entfalteten eine Militanz und Entschlossenheit, die sich am besten am Einsatz der Mittel ihrer Kontrahenten erkennen läßt: Polizeiketten, Schlagstöcke, Wasserwerfer, Greifkommandos und Schnellgerichte.

Der Erfolg der ersten großen Aktion im Januar 1968 in Bremen ist frappierend: ohne großen organisatorischen Aufwand (ein Mitfahrdienst wurde nicht eingerichtet) legten Demonstranten auf Initiative sozialistischer Schüler kurzerhand durch Blockade den Straßenbahnverkehr in der Innenstadt lahm. Der massive, brutale Polizeieinsatz heizte die Aktion nur an. Versuche der DFU und anderer etablierter Organisationen, auf die Bewegung Einfluß zu gewinnen, schlugen fehl. Als Teile der Arbeiterschaft (insbesondere der oppositionelle Klöckner-Betriebsrat) sich solidarisierten, war die Verwirrung der SPD-Lokalbürokraten komplett. Das Resultat: die Fahrpreise wurden zum Teil unter das alte Niveau gesenkt.

Bei der im Juni 1969 in Hannover von SDS-Genossen initiierten Blockadeaktion wurden zum erstenmal die weiterführende Forderung nach Nulltarif aufgestellt. Parallel zu den Blockaden wurde ein Auto-Mitfahrdienst organisiert - das Symbol Roter Punkt entstand. Auch hier erreichte die Stadtverwaltung durch Polizeibrutalitäten nur, daß die Sympathie der Bevölkerung für die Demonstranten bedrohlich zunahm, so daß sie sich schließlich völlig geschlagen gab und den Einheitstarif von 50 Pfennig einführte.

Die Aktion in Heidelberg kurze Zeit später war ebenfalls ein voller Erfolg. Hier stand zum ersten Mal eine einigermaßen strukturierte Organisation - der Heidelberger SDS - hinter der Aktion.

... KASTRIERT UND ERSTICKT

Nach Heidelberg brach dieser erstaunliche Erfolg des ersten großen Anlaufs ab. In der Phase der Organisierung und der strategischen Orientierung der sich zer-

splitternden APO, in einer Phase des allgemeinen Niedergangs der offenen Kämpfe der radikalen Jugend, erleiden die Rote-Punkt-Kampagnen fast nur Niederlagen. Die Aktionen in den Jahren 1970 und 1971 im Ruhrgebiet, in Aachen und anderswo stehen jetzt im Zeichen der neu formierten Gruppen, vor allem der DKP (plus Anhängsel) und der ML's. Was den organisatorischen Hintergrund betrifft, so hätte ohne Zweifel die Chance bestanden, diese Kampagnen eben noch erfolgreicher und noch konsequenter zu führen. Überdies manifestiert sich seit den Septemberstreiks 1969 eine erhöhte Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse selbst. Freilich war die Situation insofern schwieriger, als auch der Repressionsapparat aus den Ereignissen gelernt hat. So wurde die Fahrpreiserhöhung in Hannover 1970 im Belagerungszustand durchgesetzt: 14 Hundertschaften Polizei und zahllose Fahrzeuge "schützten" die Strassenbahn. Ähnlich war es in Heidelberg im Sommer 1971.

Aber der massive Einsatz der Polizei reicht nicht aus, um die Niederlagen der letzten 2 Jahre zu erklären. 2 Hauptursachen liegen bei den linken und revolutionären Gruppen selbst:

Erstens zeigen sie in der Regel untereinander eine sektiererische Haltung. Jede beansprucht, die ausschließliche Führung zu übernehmen; die anderen sollen sich der "richtigen Linie" unterordnen. Sie verstehen nicht, daß Aktionseinheit unter sozialistischen Organisationen nur heißen kann: Übereinstimmung über eine minimale gemeinsame Grundlage zur Aktion, aber keine politische Unterordnung und Selbstverleugnung, sondern gleichzeitige Freiheit für jede Gruppe, ihr volles Programm zu verbreiten. Etliche Rote-Punkt-Aktionen gingen an Streitereien der Organisationen zugrunde, bevor sie überhaupt begannen.

Zweitens zeigen sie sich oft unfähig, den Charakter und die Möglichkeiten solcher Aktionen zu verstehen und sie entsprechend zu führen. Die linken Gruppen gehen in der Selbstverleugnung ihrer Herkunft aus der APO so weit, auch sämtliche Errungenschaften der APO, insbesondere was die Kampfformen betrifft, zurückzuweisen.

Hier erscheint es notwendig, auf den Charakter der Rote-Punkt-Aktionen noch einmal näher einzugehen. Die Masse der Jugendlichen geht aus vielerlei Beweggründen - nicht nur den ausgesprochenen: Protest gegen Fahrpreiserhöhungen - auf die Straße. Es ist zugleich ein (unausgesprochener) Protest gegen die ganze kapitalistische Gesellschaft mit ihrer verlogenen Moral, ihren hohlen Autoritäten, ihrem Konsumzwang usw. Und die Aktion selbst ist auch so etwas wie eine Befreiung, wie ein Fest.

Eine Rote-Punkt-Aktion bringt diese diffuse Revolte zum Ausbruch, lenkt sie in gesellschaftliche Bahnen und wandelt sie im Kampf in revolutionäres Bewußtsein. So wichtig es ist, die richtigen sozialistischen Erklärungen, Forderungen, Parolen aufzustellen, so wichtig ist es auch, daß diese Parolen nicht nur abstrakt in irgendwelchen Flugblättern und Reden vorgebracht werden, sondern in erster Linie in den entsprechenden befreienden Kämpfen der Massen selbst. Denn dann werden sie aufgenommen und dringen ins Bewußtsein. Daß kostenloser Nahverkehr aus vielen Gründen vernünftig ist, das lernen die Schüler am besten, wenn sie sich Freifahrten erzwingen und diese rechtfertigen müssen. Und den wahren Charakter von Polizei und Staatsbürokratie lernt man bei solchen Aktionen eindringlicher kennen als bei aufklärenden Veranstaltungen.

Die Mehrzahl der linken und revolutionären Organisationen bringt es durch ihr dogmatisches, abstraktes, unmarxistisches, da von fixen Vorstellungen über die richtige Strategie und Taktik bestimmtes Verhalten soweit, die Bewegung

und die Möglichkeiten der radikalisierten Jugendlichen in einer Rote-Punkt-Aktion zu kastrieren. Der häufigste Fehler, der hier gemacht wird, ist der, jegliche "illegalen" Aktionsformen zu verhindern (um nicht zu provozieren, um die Arbeiter nicht zu verärgern, nicht zuletzt... aus Angst), wobei die Aktion erstickt. Trauermärsche durch eine indifferente Stadt auch für die besten Ziele können Jugendliche nicht mobilisieren.

Eine völlige Pleite erlebte eine vom KAB(ml) im Frühjahr 1971 in Ludwigsburg geführte Rote-Punkt-Aktion, bei der man die anfänglich massive Mobilisierung der Jugend auf den Versuch konzentrierte, die Buslinien mit Privatautos und teuren gecharterten Bussen wirtschaftlich niederzukonkurrieren. In seiner Naivität erinnert dieser Versuch an vormarxistische englische Sozialismusutopien.

Nicht jede Forderung, nicht jede Aktionsform liegen auf einer kerzengeraden Linie hin zum Sozialismus. Das Blockieren von Straßenbahnen heißt nicht, die Straßenbahn abschaffen - es ist eine Kampfmethod, um den Fahrpreis zu drücken, und dazu eine solidarische Kampfverfahren. Das Umsteigen der Fahrgäste auf Rote-Punkt-Autos heißt nicht "zurück zum Privatvehikel" - es ist eine Kampfform für den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, und es ist zugleich ein unübertreffliches Propaganda- und Solidarisierungsmittel. (Übrigens ist jeder Revolutionär gezwungen, in den Kampfformen solche Umwege zu gehen. Jeder Streik, jede destruktive Aktion, jede Erschießung ist ein solcher Umweg zur Befreiung der Menschen hin und nur indirekt, vermittelt als sozialistisches Mittel zu erklären.)

Eine weitere Streitfrage ist, ob die Revolutionäre, die eine Rote-Punkt-Aktion initiieren, als "Revolutionäre" in Erscheinung treten sollten oder nicht besser als "Bürger", "Demokraten" oder einfach als anonymes Komitee. In Esslingen ließen wir von vornherein weder bei den Demonstranten noch in der Öffentlichkeit Zweifel darüber aufkommen, daß es Revolutionäre Kommunisten sind, die hinter der Aktion stehen. Eine rote Fahne wehte ständig über dem Informationsstand am Bahnhof (wo Tausende von Esslingern ihre Unterschrift abgaben und Hunderte Geld spendeten!). Wir verloren nie aus den Augen, daß unser Hauptziel bei der Aktion war, Bewußtsein zu wecken, bei den Demonstranten und bei den Bürgern. Es ging nicht darum, die roten Fahnen zu verstecken, weil sie die Aktion bei den Bürgern in Mißkredit bringen könnten. Es ging darum, den Lohnabhängigen zu zeigen, daß es "Rote" sind, Kommunisten, Jugendliche mit langen Haaren, die sich gegen die Fahrpreiserhöhungen einsetzen. Die Rote-Punkt-Aktion wird durch die Roten Fahnen nicht abgewertet, sondern die roten Fahnen werden durch die Rote-Punkt-Aktion aufgewertet. Und die jugendlichen Demonstranten, die sich Freifahrten durch die Stadt erzwingen und aus den besetzten Straßenbahnen begeistert rote Fahnen schwenkten, hatten ihre Aktion auch zu vertreten und nahmen deshalb unsere sozialistische Argumentation auf.

DIE FÜHRUNGSROLLE DER GIM/RKJ BEI DER ROTE-PUNKT-AKTION ESSLINGEN

Die Esslinger GIM/RKJ - Gruppe ist weder sehr stark und gefestigt, noch verfügte sie über sehr qualifizierte Genossen (keiner der Genossen hatte bis dahin schon einmal durch ein Megaphon gesprochen!). Aber sie waren durch ihre richtige Einschätzung der jeweiligen Situation mit ihren Möglichkeiten und durch ihre politische Linie in der Lage, die Aktion ins Rollen zu bringen und sie in jeder ihrer Phasen zu führen. Es ist klar, daß nur die Existenz einer einigermaßen strukturierten Gruppe die Permanenz und Kontinuität der Füh-

rung sichern konnte.

Diese Führung bestand darin, in jeder Phase der Aktion den jeweils entsprechenden Aktionsrahmen zu stellen und die jeweils entsprechenden Aktionsformen vorzuschlagen, so daß die Dynamik der Bewegung nicht gehemmt, sondern gefördert und gelenkt wurde - gelenkt in die richtigen politischen Bahnen. Angekurbelt wurde die Aktion durch das Verbreiten einer großen Anzahl von Flugblättern mit dem Roten Punkt, Verkleben von Plakaten, Unterschriftensammlung, 2 Demonstrationen, Rechtfertigung der spontanen Blockaden vor der Fahrpreiserhöhung als "Warnung" und anschließenden Teach-Ins, um den Enthusiasmus der Demonstranten für die weiteren Aktionen zu kanalisieren und zu politisieren.

Während der Blockadeaktion und den Auseinandersetzungen mit den Bullen war es nicht nötig, den Kampf technisch zu leiten. Die jugendlichen Demonstranten und ihre Helfer aus der Bevölkerung entwickelten immer neue Methoden, um die Polizei zu neutralisieren und die Aktion zu propagieren. Aber die politische Führung war um so notwendiger. Auf den allabendlichen Komiteesitzungen (an denen jeder Demonstrant gleichberechtigt teilnehmen konnte) und auf den fast täglichen Flugblättern wurden der Verlauf der Aktion, das Verhalten von Polizei und Behörden und das Echo in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Arbeitern und Gewerkschaften, diskutiert, die politischen Hintergründe aufgezeigt und Perspektiven gegeben. Als die Stadtverwaltung nachgab und die Bezahlung der Schülerfahrkartenerhöhung übernahm, mußten wir erklären, daß die Aktion gegen alle Fahrpreiserhöhungen gerichtet war. Die Schüler verstanden das sofort und kämpften weiter. Als die Gewerkschaft das Aktionskomitee einludt und sich mit ihm solidarisch erklären wollte unter der Bedingung, daß wir auf Blockaden künftig verzichteten, da konterteten wir, daß die Kraft, die Wirkung der Aktion auf Öffentlichkeit und Staatsapparat eben aus den Blockaden herrühre, daß diese sozusagen die materielle Grundlage der Aktion bilden und deshalb wichtiger als wohlklingende Solidaritätserklärungen von Gewerkschaftsbürokraten seien (über diese Frage gab es anfänglich unter uns einige Diskussionen). Auch die Festnahme zweier unserer Genossen in Vorbeugehaft konnte keine demoralisierende Wirkung ausüben - im Gegenteil, wir haben sie durch intensive Propaganda zur Mobilisierung ausgenutzt.

Etwas schwieriger wurde die politische Führung der Aktion in der letzten Woche, als sich ihr Zurückfluten abzeichnete. Der "geordnete Rückzug" glückte nicht völlig. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden zusehends zur zentralen Angelegenheit für die Demonstranten; die politische Zielsetzung der Rote-Punkt-Aktion wurde in den Hintergrund gedrängt. Eine aktionistische Tendenz wurde stärker, die sich vom Komitee trennte und dann aber wegen mangelnder Perspektive auflöste. Unter diesen Umständen war es wichtig, daß sich das Komitee nicht einfach verlor, sondern daß es noch eine Kampagne für die Freilassung Wilfried Schindlers organisierte, den Abbruch der Blockaden beschloss und auch zum Schluß noch Flugblätter verteilte. Freilich konnte nicht verhindert werden, daß die Mehrheit der Demonstranten doch den Eindruck einer Niederlage bekam, da sie als Hauptziel der Aktion die "Rücknahme aller Fahrpreiserhöhungen" und die Neutralisierung der Polizei sah und nicht die Politisierung der Beteiligten und der Bevölkerung (ähnlich wie eine Demoralisierung nach der Notstandskampagne 1968 bei vielen SDS-Genossen eintrat, die nicht die Mobilisierung und das Erwecken von politischem Bewußtsein als Ziel der Kampagne gesehen hatten, sondern die Verhinderung der NS-Gesetze im Bundestag).

Wir meinen, daß die Rote-Punkt-Aktion Esslingen in der Art, wie die GIM/RKJ als politische Führung die radikalisierten Jugendlichen mobilisierte und ihre Spontaneität leitete, trotz ihrer Unzulänglichkeiten ein positives Beispiel für Aktionen dieser Art in anderen Städten sein kann. Es war unseres Wissens die einzige Rote-Punkt-Aktion seit 1969, die trotz massiven Polizeieinsatzes über 3 Wochen lang anhielt und auch nach außen hin Teilerfolge (Übernahme der Schülerkartenerhöhung durch die Stadtverwaltung, Fast-Solidarisierung der Gewerkschaften) erringen konnte. Ihr wichtigstes Resultat ist freilich, daß sich breite Schichten von Jugendlichen politisierten und in Aktionen den Lohnabhängigen praktisch demonstrierten, wie man sich für ihre Interessen einsetzen muß.

Januar 1971

RKJ und GIM Stuttgart / Esslingen



was tun

IN DER SCHULE nr. 1 20 Pf

ESSLINGER SCHÜLERZEITUNG

Aktion Roter Punkt in Esslingen

Die Fahrpreiserhöhungen sind eine Sache, die vor allem die Arbeiter angeht. Sie müssen im Zusammenhang mit den allgemeinen Preiserhöhungen gesehen werden. Die an der AKTION ROTER PUNKT beteiligten Schüler und Studenten handeln also nicht nur für ihre eigenen Interessen; Sie zeigen den Arbeitern, wie man für seine Interessen kämpfen kann.

Die Aktionen der Studentenbewegung haben eine ähnliche Funktion gehabt. In Frankreich haben im Mai 1968 Studentenaktionen den größten Generalstreik ausgelöst, den das Land je erlebt hat. In den "wilden Streiks" vom September 1969 in Westdeutsch-

land wird deutlich, wie die Studentenbewegung die Arbeiterkämpfe beeinflussen kann, indem sie alte Kampfformen der Arbeiterklasse wieder aktuell macht: Die Hoesch-Arbeiter in Dortmund z.B. demonstrierten untergehakt und im Ho-Chi-Minh-Schritt durch die Stadt, unternahmen sit-ins, besetzten das Direktionsgebäude und stellten durch Hinzuziehen von Presse und Fernsehen die Öffentlichkeit her.

Um diese mobilisierende Funktion erfüllen zu können, dürfen wir aber nicht als Schüler und Studenten auf die Straße gehen; wir müssen es als Sozialisten tun. Wie wirkungslos eine zahlenmäßig noch so starke Aktion sein kann, hat der Sternmarsch gegen die Hochschulgesetze gezeigt: Die Solidarisierung mit den "Arbeitern und Bauern" bleibt nur verbal, sie läßt sich nicht durch noch so gut gemeinte und noch so schön gemalte Parolen erreichen, sondern nur, indem man sich bewußt zum Sozialismus bekennt und versucht, der Aktion eine anti-kapitalistische Stoßrichtung zu geben.

was tun in der Schule - Esslinger Schülerzeitung nr. 1/15.7.71/20 Pf

Herausgeber: Revolutionär-Kommunistische Jugend RKJ - Esslingen Selbstverlag

Verantwortl.: W. Albrecht Essl. tel. 35 84 46 W. Burger Essl. tel. 35 35 75

Ein Lehrstück in Staatsbürgerkunde auf dem Blarerplatz

Am Montag 11.7. nahmen nach einer Demonstration des Aktionskomitees ROTER PUNKT rund 300 Demonstranten (sowie Bedienstete der Politischen Polizei, PoPos) an der anschließenden Kundgebung teil. Vertreter der SPD oder der DKP, von denen man eine Stellungnahme zu den Fahrpreiserhöhungen hätte erwarten können, zeigten sich nicht. (Mit einem Vertreter der CDU haben wir eh nicht gerechnet, denn das hieße vom Ochsen mehr zu verlangen als Rindfleisch). Allerdings erschien auch kein Vertreter der Gewerkschaften.

Dafür erschien als Überraschung der OB Klapproth: er kam, sah, siegte aber nicht. Er versuchte sich zuerst in der Rolle des gütigen "Stadtvaters", der zu seinen ungezogenen Kindern sprach. Anscheinend hielt er sich noch immer an seine törichte wie vielsagende Äußerung vom Herbst 1969, daß die "Demokratie gewiß nicht die beste Staatsform ist, die wir kennen, aber die teuerste". Die Fahrpreiserhöhungen stellte er als Konsequenz der "Lohn-Preis-Spirale" dar, die anscheinend wie ein Naturgesetz waltet. Dies trug der OB in der Manier eines rhetorischen Laienspielers vor, wie es so Honoratiorenpolitiker seines Schlages an sich haben. Mit dieser Art hat er vielleicht im Esslinger Stadtrat Erfolg, nicht aber bei den Rote-Punkt-Demonstranten. Typisch war sein Versuch, die Teilnehmer aufzuspalten in Gute, Verführte, mit denen man noch reden könne, und Böse, Verführer, die am Rande standen,

Im Gegensatz zu den Rednern aus den Reihen der Demonstranten sprach OB Klapproth nicht zur Sache: nicht zum Vorschlag der ÖTV, der für den 30-Pfennig-Einheitstarif eintritt, noch zur Verhaftung von Wolfram Burger und seiner eigenen Rolle beim Polizeieinsatz. Dafür verwahrte er sich kurz vor seinem effektvollen wie lächerlichen Abgang gegen "Gespräche auf ideologischer Ebene". Diese Bemerkung von der "ideologischen Ebene" war in seiner banalen Form das einzig Inhaltliche, Substantielle, worüber es sich lohnt zu diskutieren. Und hier ist anzumerken, daß das Problem nicht die Figur des "OB mit Herz" Klapproth ist, der für viele als der "Ritter von der traurigen Gestalt" erschien; auch nicht, daß er zur "älteren Generation" gehört, die "die Jugend nicht mehr versteht". Auch ein progressiv-dynamischer Typ, wie er jetzt Mode ist, hätte kneifen müssen. Denn hier traten sich nicht nur Personen gegenüber, sondern 2 Prinzipien: OB Klapp-

roth ist nur die Charaktermaske der Staatsmacht. Er hat gekniffen, weil er gefragt worden wäre, ob tatsächlich in unserer Gesellschaft "alles nach seiner Leistung" bezahlt werde. Ob das ein Naturgesetz, eine unveränderliche Spielregel sei, ob alles so sein muß, wie es jetzt ist:

- daß die Fahrpreise wie alle Preise laufend erhöht werden,
- daß eben chemische und andere Fabriken ihres Profits willen die Gesundheit aller durch Umweltverschmutzung schädigen,
- daß eben um des Profits willen Patente nicht ausgewertet werden (z.B. könnten fast ewig brennende Glühlampen produziert werden, usw.),
- daß eben Milliarden für die Rüstung verschwendet werden, an denen nur die Rüstungsindustrie verdient,
- daß ehrenwerte Honoratiorenpolitiker vom Schlage Klapproths sich über Eier und Tomaten aufregen, aber über Vietnam hinwegsehen.

Aber diese Diskussion fand nicht auf dem Blarerplatz statt. OB Klapproth zieht es vor, diese Diskussion mittels Polizeieinsatz zu führen. Wir danken ihm wie allen Herrschenden für diese "Ehrlichkeit", denn das sind die einzigen Argumente, die sie haben!

Wir stellen vor:

OB Klapproth

in seiner

neuen

"Stadtvater" -

Uniform.



Wie es in Hannover war

Aus Protest gegen die am ersten Juni 1969 eingeführte Fahrpreiserhöhung der privatkapitalistischen (!) hannoveranischen Straßenbahnbetriebe ÜSTRA legte am 7. Juni eine Gruppe von anfangs 300 Jugendlichen (also kaum mehr als in Esslingen) den Straßenbahnverkehr an zentralen Stellen der Innenstadt lahm. Die Aktionen der Schüler und Studenten waren umso erstaunlicher, als sie selbst von der Erhöhung der Fahrpreise vorläufig noch

noch nicht betroffen waren. Sie vertraten also strenggenommen nicht ihre eigenen Interessen, sondern die der lehnabhängigen Bevölkerung, obwohl ausschließlich sie von den Fahrpreiserhöhungen betroffen war. Am 9. Juni rief der All-gemeine Studentenausschuß der Technischen Universität Hannover zu einem Boykott der ÜSTRA auf und leitete die Aktion "Roter Punkt" ein. Brutale Polizeieinsätze führten zu einer Solidarisierungswelle unter der Bevölkerung für die jugendlichen Demonstranten. Obwohl die ÜSTRA schon nach wenigen Tagen nicht mehr aus den Depots fuhr - angeblich um Personal und Wagen nicht in Gefahr zu bringen (!) - trugen die Einwohner von Hannover die Behinderung ohne Ärger. Die Demonstrationen und Kundgebungen gingen weiter. In dieser Phase versuchte man ähnlich wie in Esslingen die Demonstranten zu spalten und die "kleine radikale Minderheit" zu isolieren: man bot die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen für Schülerkarten an, sowie faule Kompromisse wie Sondertarife für Rentner und Schüler. Der Spaltungsversuch mißlang. Mindestziele blieben die sofortige Wiederherstellung der alten Preise und die verbindliche Zusage der Kommunalisierung der ÜSTRA. Der radikalste Teil der Demonstranten stellte Forderungen, die darüber hinaus gingen:

- unentgeltliche Beförderung (Nulltarif)
- Kontrollorgane aus Beschäftigten der ÜSTRA und Verkehrsteilnehmern, die die Kommunalisierung und später die Geschäftsführung des Betriebes kontrollieren sollten.

Versuche der ÜSTRA, den Verkehr wieder aufzunehmen, scheiterten. Die Situation spitzte

Die "progressive" Schulleitung der Kennedy-Schule ermöglichte der Polizei während der Unterrichtszeit, den Schülern Angst zu machen und die Aktionen der Roten Punkt Demonstranten zu kriminalisieren. An dieser Einschüchterungskampagne beteiligte sich auch die EZ ("Die Stadt warnt...!"). Zwei Genossen der RJK, die Mitglieder des Aktionskomitees sind, gingen deshalb in der großen Pause zur Kennedy-Schule, sie verteilten Flugblätter und informierten über Megaphon die Schüler. Dabei erzwangen sie eine Verlängerung der Pause. Die Schüler merkten, wie unsicher die Polizei in ihrem Vorgehen gegen die Demonstranten geworden war.

sich immer mehr zu. DGB und JASOS blieben trotz manchen Schwankungen auf Solidaritätskurs mit den Demonstranten. SPD und Rat der Stadt Hannover waren in die Enge getrieben; die breite Solidaritätsfront machte ihnen Beine. Plötzlich war das für unmöglich Ausgegebene möglich:

- Einführung eines Einheitstarifs von 50 Pfennig für alle Strecken
- Beibehaltung der Rentner- und Schüler-tarife
- Einleitung von Verhandlungen zur sofortigen Kommunalisierung der ÜSTRA

Was bei den privatkapitalistischen Verkehrsbetrieben in Hannover möglich war, sollte bei den teilweise sogar schon kommunalisierten Verkehrsbetrieben in Esslingen erst recht möglich sein.

Die Wiederholung des Beispiels von Hannover ist jedoch nur möglich, wenn es gelingt, die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften als ihre Interessenvertreter in den Kampf hineinzuziehen. Deshalb hat das Aktionskomitee folgenden Brief an die mitgliederstärkste Gewerkschaft in Esslingen geschrieben: 15. 7. 71

An die Kollegen der Industriegewerkschaft Metall und anderer Gewerkschaften

Das gestrige Gespräch mit dem DGB, der ÖTV und anderer Gewerkschaftsvertreter brachte keine gemeinsame Erklärung zustande, vor allem weil die ÖTV-Peronalräte ohne Verständnis für die Aktion Roter Punkt waren: sie bestanden darauf, daß die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr blockiert werden dürften. Als ob die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhung ohne Kampf erreicht werden könnte! Auch die Gewerkschaften müssen Streiks als Kampfmittel einsetzen, um Lohnerhöhungen zu erreichen! ... Wir schlagen vor, daß sich die Vertrauensleute und Betriebsräte der Esslinger Betriebe Montag abend treffen, um über geeignete Schritte zu beraten. (gekürzt)



Roter Punkt und Rote Fahne

Ist es sinnvoll, bei der Aktion "Roter Punkt" rote Fahnen mitzuführen und sie an den Infoständen anzubringen?

Bürger-Meinung und die bürgerliche Presse sehen hier wieder "Ultralinke" am Werk. Spiesser, Kapitalisten und Bürokraten sind erschreckt und können beim Anblick der Roten Fahne nur schwachsinnig ausrufen: "Geht doch nach drüben zu Ulbricht!"

Wir Trotzkiten von der RKJ meinen dazu:

- Kommunisten** brauchen sich nicht zu verstecken. Wir haben die Initiative zur Aktion "Roter Punkt" ergriffen und führen sie mit anderen Gruppen zusammen weiter. Die etablierten Parteien -- einschließlich der DKP! -- haben die Aktion abgelehnt; ihre größte Sorge ist zur Zeit, mehr Sitze im nächsten Gemeinderat zu ergattern.
- Unser Kampf** richtet sich gegen den Kapitalismus und den Imperialismus, aber auch gegen das DDR-Regime und die ganze stalinistische Bürokratie, die nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 der Arbeiterschaft die Macht aus den Händen genommen hat. Unsere tschechischen Genossen (Peter Uhl und andere) sitzen im Gefängnis, weil sie als Kommunisten die Bürokratie und den Stalinismus bekämpft und die Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie gefordert haben.
- Deshalb** die Roten Fahnen, damit die Arbeiterschaft, die Jugend und andere Bevölkerungsschichten sehen, dass es Sozialisten sind, die sich konsequent und militant für ihre Interessen einsetzen.

Die Polizei, Dein Freund und Helfer...

Am Dienstagabend wurde ein Teilnehmer der Roten Punkt Aktion, der über Megaphon die Autofahrer zum Mitnehmen von Fahrgästen aufforderte, in brutaler

Weise von der Polizei festgenommen: zehn Polizisten gingen gezielt auf ihn zu, ihm wurden die Arme umgedreht und Handschellen (!) angelegt. Dabei wurde sein Unterarm verletzt. Es ist bezeichnend, daß solche Polizeiaktionen nicht unmittelbar vorm Bahnhof - also in aller Öffentlichkeit - erfolgen, sondern abseits: daß Polizeiterror soll die Demonstranten einschüchtern, nicht aber die Polizei in der Öffentlichkeit diskreditieren. Nach seiner Freilassung wurde die Polizei aufgefordert, den Demonstranten ins Krankenhaus zu fahren. Sie lehnte dies mit dem Hinweis ab, das Aktionskomitee habe genug Geld, einen Arzt zu rufen und es sei nicht ihre Aufgabe, Retter in der Not zu spielen. Auf der Wache wurde er unter Anwendung von Gewalt fotografiert; man versuchte auch, ihn einzuschüchtern und zu einer Aussage zu bewegen. Wie passt dazu, daß OB Klapproth zur gleichen Zeit jovial die Demonstranten aufforderte, den O-Bus nicht zu blockieren: "Jungs, tut mir doch dan Gefallen!" Wir sehen keinen Grund, Herrn Klapproth irgendeinen Gefallen zu tun. Schließlich steckt er hinter den Polizeiaktionen.

Was hat der "Rote Punkt" mit Sozialismus zu tun?

- Der "Rote Punkt" zeigt die Irrationalität unserer Gesellschaftsordnung auf. Der Kapitalismus ist unfähig, z. B. das Verkehrsproblem rational zu lösen (die Interessen der privatkapitalistischen Verkehrsbetriebe und der Automobilindustrie stehen dem entgegen). Ähnlich sieht es auf dem Gebiet der Umweltverschmutzung, der Rüstung, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus, der Ausbildung etc. aus.
- Die Forderungen der Aktion "Roter Punkt" sind Übergangsforderungen. Übergangsforderungen sind für die Bevölkerung unmittelbar einsichtig, innerhalb des kapitalistischen Systems aber nicht verwirklichtbar. Was Sozialismus ist, wird konkret einsichtig, Sozialismus erscheint als wünschenswert. Übergangsforderungen sollen das Kräfteverhältnis noch innerhalb des kapitalistischen Systems zugunsten der sozialistischen Kräfte verändern.
- Bei "Roter Punkt"-Aktionen erwirbt die Jugend Kampferfahrung. Durch ihren Einsatz und ihre Kampfformen ~~wird~~ zeigt sie der Arbeiterschaft, wie man für seine Interessen kämpfen muss. Die Lohnabhängigen erkennen, daß ihre traditionellen Interessenvertretungen versagen. Anlässlich solcher Aktionen wie "Roter Punkt" zeigt sich, dass die Jugend am schnellsten für unmittelbar politische und sozialistische Forderungen mobilisierbar ist.

Wir wissen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung und selbst der Arbeiter zur Zeit nichts von Sozialismus wissen will. Die Arbeiter haben genug vom stalinistischen Bürokratismus in Sowjetunion und DDR. Aber gleichzeitig hält die lohnabhängige Bevölkerung die Forderung nach schnellen, bequemen und kostenlosen ~~K Verkehr~~ Verkehrsmitteln für richtig und unterstützt sie.

Flugblatt Nr. 1

FAHRPREISERHÖHUNG BEI OBUS OMNIBUS UND STRASSENBAHN

Nun wollen also auch in Esslingen zwei Betriebe am e. Juli ihre Fahrpreise erhöhen - die Nellingner Straßenbahn und die Städtischen Verkehrsbetriebe. Dagegen müssen wir uns wehren! Dabei geht es nicht nur um 10 Pfennig mehr pro Fahrt oder 2 Mark mehr im Monat - wir müssen endlich zeigen, daß wir uns den "Lohnraub in kleinen Portionen" nicht länger gefallen lassen!

ROTER-PUNKT - AKTION ALS ANTWORT

Seit den ersten ROTER-PUNKT-AKTIONEN vor zwei Jahren in Hannover und Heidelberg, mit denen die Bevölkerung gegen Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln protestierte, fanden zahlreiche solcher Aktionen in vielen Städten der Bundesrepublik statt. In diesem Frühjahr wurden so durch massiven Protest (Unterschriftenlisten an den Gemeinderat, Flugblätter usw....) in Stuttgart und Mannheim angekündigte Fahrpreiserhöhungen wieder rückgängig gemacht!

DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN GEHEN UNS ALLE AN !

von den Fahrpreiserhöhungen werden die sozial schwachen Schichten am stärksten betroffen (Rentner, Schüler, Studenten, Hausfrauen) - die Hausfrauen müssen zum Einkauf aus den Wohnsiedlungen in die Innenstadt fahren, die Arbeiter zur Arbeit in die Industriegebiete. Sie müssen, um überhaupt arbeiten zu können, vorher sogar noch bezahlen - nämlich den Fahrpreis!

DAHER FORDERN WIR: _____

- für sofort: KEINE FAHRPREISERHÖHUNG
- für den Übergang: EINFÜHRUNG EINES EINHEITSTARIFS VON 50 PFENNIG
- endgültig: NULLTARIF FÜR ALLE, d.h. freie Fahrt zu Ausbildungsstätte und Arbeitsplatz

bitte wenden

WAS SIND UNSERE ERSTEN SCHRITTE ZUR DURCHSETZUNG DIESER FORDERUNGEN?

- Arbeiter, sammelt Unterschriften in den Betrieben, die die Gewerkschaften aufrufen, diese Forderungen zu unterstützen!
Boykottiert Omnibus, Obus, Straßenbahn, organisiert in den Betrieben einen Mitfahrerdienst!
- Kollegen mit Autos, mehmt die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel mit!
- Schüler, Studenten: bildet ROTE-PUNKTE-Komitees an Schulen und Hochschulen!
- Benutzer von OBus, Omnibus, Straßenbahn: Boykottiert die öffentlichen Verkehrsmittel, fährt mit den ROTE -PUNKTE-Autos!
- Autofahrer, schneidet den ROTEN PUNKT aus, klebt ihn an die Windschutzscheibe, nehmt die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel an den Haltestellen mit!
- Gewerkschaften, Jugendorganisationen, nehmt am Organisationskomitee ROTER PUNKT teil, unterstützt seine Aktionen!

FAHRPREISERHÖHUNGEN - LASST'S EUCH NICHT GEFALLEN

Aktionskomitee ROTER PUNKT

=====

In weiteren Flugblättern werden wir die Bevölkerung über die Hintergründe der Verkehrsmisere aufklären und Wege zu ihrer Behebung aufzeigen.

Das Aktionskomitee ROTER PUNKT trifft sich mittwachs, 19 Uhr, Pädagogische Hochschule Esslingen, Beblingerstr. 4. Auskünfte beim ASTA der PH. Tel. 35 39 49

KOMMT NACH DEM STERNMARSCH ALLE ZUR "ROTER PUNKT" AKTION VOR DEM HAUPT- BAHNHOF (ab 12 Uhr)

Der Stuttgarter Sternmarsch stand fast ausschließlich im Zeichen spezifisch studentischer Forderungen und der Verteidigung der "Privilegien" von Studenten ("Anschlag auf die Interessen der Studenten", etc.). Die angestrebte Solidarisierung der "Bevölkerung" konnte auf diesem Wege verständlicherweise nicht erreicht werden. Die Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse wurde bestenfalls verbal hergestellt (durch Verlesung von Grußbotschaften und Solidaritätserklärungen).

Die Unterstützung durch die Arbeiterklasse ist aber die grundlegende Voraussetzung zur Durchsetzung von Forderungen im Ausbildungssektor. Weder Studenten noch Schüler oder Lehrlinge allein können eine eigenständige politische Kraft darstellen, sofern sie die revolutionäre Umgestaltung des bestehenden Systems in Angriff nehmen wollen.

Heißt dies, daß Studenten, Schüler und Lehrlinge ohne Bedeutung für den Kampf der Arbeiterklasse sind? Können sie wirklich nur in Worten, nicht aber in Taten den Kampf der Arbeiter unterstützen? Keineswegs!

Beim derzeitigen Niveau des Klassenkampfes in der BRD tragen sie als Initiatoren und Organisatoren von antikapitalistischen Protestaktionen, z.B. von "Rote-Punkt" -Aktionen (ein anderes Beispiel wäre die Notstandsagitation) entscheidend zur Mobilisierung der Arbeiterklasse bei. Das ist ein erster Schritt hin zur Aktionseinheit von revolutionärer Jugend und Arbeiterklasse.

In der Zeit verschärfter Klassenauseinandersetzungen kann z.B. die Studentenbewegung zum Auslöser für Arbeiterkämpfe werden (wie im Mai 1968, 1968 in Mexiko oder 1969 in Pakistan), oder sie kann sogar unmittelbar in der Arbeiterbewegung aufgehen, wie das argentinische Beispiel von Cordoba zeigt, wo die streikenden Arbeiter 1971 auch studentische Forderungen übernahmen, z.B. Abschaffung der Eingangsprüfungen für die Universitäten.

Welche Rolle spielen Schüler, Lehrlinge und Studenten bei "Roter-Punkt" -Aktionen? Wie die Erfahrungen aus vielen Städten der BRD (Hannover, Heidelberg, Aachen etc.) zeigen, wurden solche Aktionen immer von Schülern und Studenten eingeleitet und organisiert. Erst im Anschluß an deren militante Aktionen solidarisierten sich spontan grosse Teile der Lohnabhängigen. Dort, wo die Arbeiterklasse aufgrund der Bürokratisierung ihrer Organisationen (Gewerkschaften) die Durchsetzung ihrer Interessen nicht selbst in die Hand nimmt, initiiieren Schüler, Lehrlinge oder Studenten diesen Kampf.

In Esslingen wurde die von der RKJ ins Leben gerufene "Rote-Punkt" - Aktion bisher in erster Linie von Schülern getragen.

--Schüler verteilten Flugblätter an die Bevölkerung und Rote Punkte an die Autofahrer

- Schüler machen Unterschriftenkampagnen (bisher mehr als 5000 Unterschriften aus der Bevölkerung)
- Schüler besetzen Straßenbahnen, verweigern massiv das Fahrgeld und erzwingen so, vorerst nur symbolhaft, Nulltariffahrten
- Schüler blockieren Busse und Straßenbahnen
- Schüler organisieren "Rote-Punkt" - Haltestellen

Wo sind die Studenten?

Der alte Asta der PH, bis vor drei Tagen formell Mitglied des "Roter-Punkt" Komitees, verließ unter fadenscheinigen Begründungen am Abend vor Beginn der Hauptaktionen das Komitee; Räumlichkeiten und Druckkapazitäten werden seither verweigert. Die schon vorher mehr als lahme Mitarbeit versuchte man mit der Inanspruchnahme durch den Kampf gegen die Hochschulgesetzgebung des KuMi zu entschuldigen. Auch der Asta der staatlichen Ingenieurschule Esslingen hat sich bis jetzt nicht im Roten-Punkt-Komitee blicken lassen.

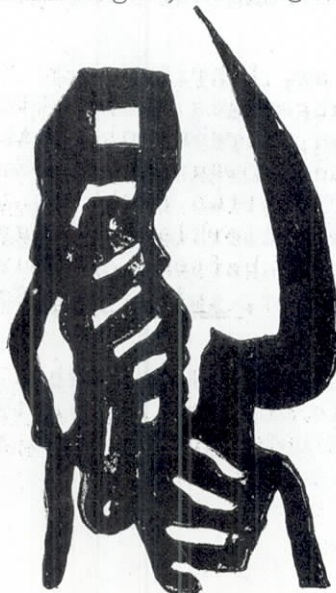
Das muß anders werden!

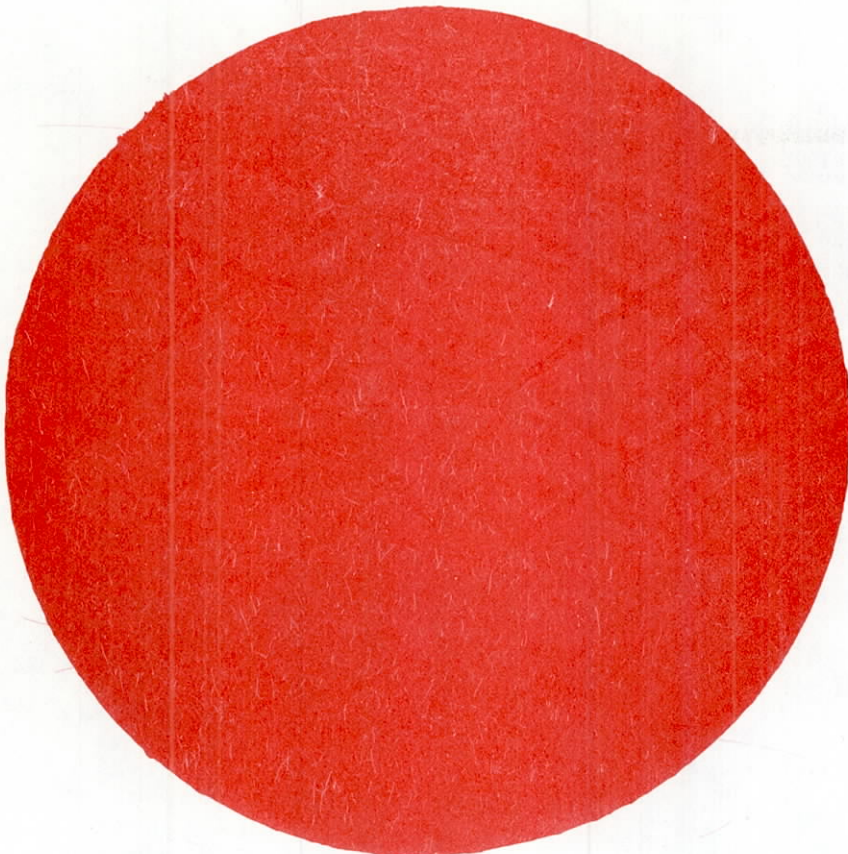
Deshalb: KOMMT NACH DEM STERNMARSCH ALLE ZUR "ROTER PUNKT" - AKTION
VOR DEM HAUPTBAHNHOF !!!

(ab 12 Uhr!)

- beteiligt euch mit Fahrzeugen am "Roter Punkt" - Mitfahrdienst!
- verstärkt die Reihen der demonstrierenden Schüler und Lehrlinge an den Obus- und Strassenbahnhaltestellen vor dem Hauptbahnhof !
- unterstützt die Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen Lohnraub jeglicher Art (Fahrpreiserhöhungen, Mietwucher, Preissteigerungen) !

R K J (Revolutionär-Kommunistische Jugend), GIM (Gruppe International Marxisten) -- Gruppen Esslingen, Tübingen, Stuttgart, Fellbach





**Aktion
ROTER PUNKT**

**Flugblatt
Nr. 7**

Die Polizei schützt Fahrpreiserhöhungen !!

DIE POLIZEI - DEIN FREUND UND HELFER ?

In den letzten 3 Tagen konnte die Esslinger Bevölkerung am Bahnhof erleben, wessen "Freund und Helfer" die Polizei ist, gegen wen und wie sie eingesetzt wird. Die Demonstranten der Aktion ROTER PUNKT in der Hauptsache Jugendliche, wehrten sich gegen Fahrpreiserhöhungen, indem sie die Straßenbahnen blockierten. DIE POLIZEI ABER WIRD ZUR DURCHSETZUNG DIESER PREISERHÖHUNGEN EINGESETZT!

Man konnte erleben, wie Demonstranten übers Straßenpflaster geschleift, geschlagen, getreten und von der fahrenden Straßenbahn herungtergestoßen wurden. Die Reaktion der Esslinger, die dabeistanden - es waren nicht nur Jugendliche - war die: sie piffen die Polizei aus, verglichen sie mit Hitlers Schlägerbanden und riefen "Sieg Heil!" Ein Arbeiter rief den Polizisten "Kapitalistenknechte" zu, ballte die Faust und sagte: "Mit den Jungen könnt' ihrs ja machen. Aber wartet nur, bis wir kommen!"

Aus den Reihen der Demonstranten wurden wahllos einzelne brutal herausgegriffen, abgeführt und auf der Polizeiwache verhört, ohne vorher Rechtsmittelbelehrung erhalten zu haben. Als ein Mitglied des Aktionskomitees einen Festgenommenen auf dem Polizeirevier Landolinsplatz auf sein Recht hinwies, die Aussage zu verweigern, wurde er von einem Polizisten tätlich angegriffen!

Für all diese Ausschreitungen haben wir Zeugen. Aber die Täter gaben sich geweigert, ihre Dienstnummer auf Anfrage anzugeben. Dabei sind sie verpflichtet, sich auszuweisen! Ein Einsatzleiter, Götzl, behauptete frech, es gäbe keine Dienstnummer. Künftig muß man in solchen Fällen den Polizisten photographieren, eine Dienstaufsichtsbeschwerde anstrengen und gegebenenfalls eine Klage wegen Amtspflichtverletzung erheben!

Am Samstagabend beobachtete ein Mitglied des Aktionskomitees, wie ein Taxifahrer die Schilder der Aktion ROTER PUNKT in seinem VW (ES-RZ 11) lud. Drei Leute gingen aufs Polizeirevier, um Anzeige wegen Diebstahls zu erstatten. Die Beamten, die so eifrig gegen die Demonstranten vorgegangen waren, fanden es nicht nötig, diese Anzeige aufzunehmen. Sie machten sich damit der Begünstigung im Amt schuldig.

ARBEITER VON ESSLINGEN! ZEIGT, DASS IHR EUCH MIT DER AKTION ROTER PUNKT SOLIDARISIERT UND AUSSCHREITUNGEN DER POLIZEI NICHT ZULÄSST! KOMMT ALLE ZUM BAHNHOFSPLATZ UND SORGT MIT UNS DAFÜR, DASS DIE AKTION ERFOLG HAT ! !

PRESSEERKLÄRUNG DES AKTIONSKOMITEES "ROTER PUNKT" VOM 3.7.1971:

Seit 3 Tagen wird in Esslingen der Mitfahrdienst der Aktion ROTER PUNKT gegen die Fahrpreiserhöhungen der städt. Verkehrsbetriebe und der Straßenbahn END mit zunehmendem Erfolg durchgeführt - trotz gegenteiliger Berichterstattung in dem Lokalblatt "Esslinger Zeitung".

Inzwischen wird die Aktion von der Sympathie breiter Bevölkerungsschichten getragen, sowohl von Autofahrern als auch von Fahrgästen. Am Donnerstag, den 1.7. richtete das Aktionskomitee einen "Roter-Punkt-Mitfahrdienst" zentral am Esslinger Bahnhof ein, dem sich viele Autofahrer spontan anboten. Daraufhin konnten am Freitag, den 2.7. zwei weitere "Roter-Punkt-Bahnhöfe" in Mettingen und auf der Industrieinsel eingerichtet werden. Am Samstag, den 3.7. weiteten sich die Aktionen der Demonstranten auf große Teile des Streckennetzes der END aus; dabei wurden zuerst Freifahrten erzwungen und dann mehrere Straßenbahnen oft bis zu einer Stunde blockiert. Der Fahrgasttransport erfolgte durch "Roter-Punkt-Autos". Um 18.25 Uhr stellte die END den Fahrbetrieb nach Esslingen ganz ein.

Die betroffenen Bevölkerungsschichten unterstützten die Aktion und protestierten gegen das brutale Eingreifen der Polizei.

Die Aktion ROTER PUNKT konnte nur durch finanzielle Opfer und der entschlossenen Beteiligung kleiner Gruppen aufgebaut werden. Zur Zeit arbeiten die Revolutionär-Kommunistische Jugend (RKJ), die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM, Deutsche Sektion der Vierten Internationale), die Revolutionäre Jugend (Marxisten-Leninisten, RJ/ML), die Ökumenische Jugend, die Naturfreundejugend zusammen mit den Schülermitverwaltungen aller Esslinger Schulen im Aktionskomitee mit. Der ASTA der PH Esslingen stellte bereits vor dem Aufbau der Mitfahrdienste die Mitarbeit ein, ohne daß sein Ausscheiden Auswirkungen auf den weiteren Ablauf der Aktionen gehabt hätten.

Alle anderen Organisationen, die zur Mitarbeit im Komitee aufgerufen wurden, insbesondere die SPD, einzelne Gewerkschaften, die Jungsozialisten und die DKP, lehnten von vornherein die Beteiligung ab aus opportunistischen Gründen in Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen. Die CDU hat ohnehin schon gegen die Stimmen der SPD die Fahrpreiserhöhungen im Stadtrat durchgesetzt. Hier wird deutlich, wie wenig die etablierten Organisationen und Parteien bereit sind, die berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu vertreten.

Diese Forderungen sind:

1. Sofort: Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen vom 1.7. und keine weiteren.
2. Vorerst: Einheitstarif 50 Pfennig für alle öffentlichen Verkehrsmittel im kommunalen Verkehrsverbund. Sie müssen als leistungsfähige und moderne Massenverkehrsmittel ausgebaut werden und nicht nach dem Kostendeckungsprinzip, sondern ausschließlich nach dem Bedarf der Bevölkerung arbeiten.
3. Endgültig: NULLTARIF für alle öffentlichen Verkehrsmittel auf Kosten der Unternehmer, die den größten Nutzen von einem gut funktionierenden Massenverkehrssystem haben.
4. Jetzt: Damit die Unternehmer diese Mehrkosten nicht auf die Verbraucher abwälzen können, fordern wir die GLÄTTENDE LOHN-PREIS-SKALA, das heißt, daß der jährliche Kaufkraftschwund automatisch durch Lohn-erhöhung ausgeglichen wird.

Das Aktionskomitee ROTER PUNKT hat ein Sonderkonto eingerichtet, um die laufenden Unkosten teilweise durch Spenden decken zu können:

Norbert Lager Konto-Nr. 27920 Kreissparkasse Esslingen, Kennwort ROTER PUNKT

AKTION ROTER PUNKT

Flugblatt Nr. 6

Die Schüler lassen sich nicht kaufen !!

In der EZ von heute ist in einem Bericht über die Rote-Punkt-Aktion zu lesen, der Protest der "echten Protestierer" habe bewirkt, daß die Stadt die "Überprüfung" der Schülertarife zugesagt habe. Man glaubt offenbar, man könne die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen mit den Esslinger Schülern ausfeilschen. Man hat bewußt verschwiegen, daß sich seit den ersten Schülerdemonstrationen große Teile der arbeitenden Bevölkerung mit den Schülern in ihrem Kampf solidarisiert haben und deren Aktionen aktiv unterstützen: das beweisen die Unterschriftensammlungen, das Entgegenkommen der Autofahrer und auch das Verhalten der Esslinger bei den Straßenbahnblockaden.

Die Esslinger Schüler haben den Erwachsenen gezeigt, wie man für seine Interessen kämpfen kann. Und die Esslinger Schüler haben sich nicht nur darauf beschränkt, gegen die Preiserhöhung ihrer Monatskarten zu protestieren, sondern sie haben von allem Anfang an die Erhöhung der Fahrpreise im Zusammenhang mit den allgemeinen Preiserhöhungen gesehen und für die materiellen Interessen der arbeitenden Bevölkerung gekämpft. Die Schüler werden sich auf keinen Fall von einer Aktion, die von der Öffentlichkeit unterstützt wird, abspalten lassen, nur weil man ihnen anbietet, ihre persönlichen Interessen zu befriedigen.

Das Ziel der Aktion ist die vollständige Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen bei den städt. Verkehrsbetrieben und bei der Straßenbahn END.

**Deshalb: KÄMPFT GEGEN DIE FAHRPREIS-
ERHÖHUNG!**

**SOLIDARISIERT EUCH MIT DER
AKTION**

ROTER PUNKT

PRESSEERKLÄRUNG DES AKTIONSKOMITEES "ROTER PUNKT" VOM 6.7.1971:

Seit Donnerstag wird in Esslingen der Mitfahrdienst der Aktion ROTER PUNKT gegen die Fahrpreiserhöhungen der städtischen Verkehrsbetriebe und der Straßenbahn END mit zunehmenden Erfolg durchgeführt. Die Aktion wird von der Sympathie breiter Bevölkerungsschichten getragen.

Am Donnerstag, den 1.7. richtete das Aktionskomitee einen "Roter Punkt-Mitfahrdienst" zentral am Esslinger Bahnhof ein, dem sich viele Autofahrer spontan anboten. An den darauffolgenden Tagen wurden weitere "Auto-Bahnhöfe" eingerichtet.

Gestern bestanden Mitfahrgelegenheiten in Mettingen, Oberesslingen, Nellingen und Denkendorf. Nach 1 1/2 stündiger Blockade wurde um 15 Uhr der Straßenbahnbetrieb erneut eingestellt.

Die Fahrgastbeförderung konnte sogar in der Hauptverkehrszeit über den "ROTER PUNKT - MITFAHRDIENST" abgewickelt werden.

Die Berichterstattung in der Esslinger Zeitung über die "ROTER PUNKT-AKTION" ist irreführend. Die Behauptung in der Ausgabe vom 6.7., daß den Flugblattverfassern nicht an echtem Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen gelegen sei, ist eine Unterstellung, die das Aktionskomitee energisch zurückweist. Solche Äußerungen dienen letztlich nur dazu, in der Bevölkerung Stimmung gegen die Aktion zu machen.

Das Flugblatt nr.7 vom 5.7.71 enthält eine Presseerklärung vom 3.7.71, die in der Sitzung des Aktionskomitees verfaßt wurde. Die Erklärung mußte in einem Flugblatt veröffentlicht werden, da sie in der Esslinger Zeitung vom 5.7. nur in Bruchstücken abgedruckt wurde.

Die Aktion ROTER PUNKT konnte nur durch finanzielle Opfer und der entschlossenen Beteiligung kleiner Gruppen aufgebaut werden. Zur Zeit arbeiten die REVOLUTIONÄR-KOMMUNISTISCHE JUGEND (RKJ), die GRUPPE INTERNATIONALER MARXISTEN (GIM, Deutsche Sektion der vierten Internationale), die REVOLUTIONÄRE JUGEND MARXISTEN'LENINISTEN (RJ/ML), die ÖKUMENISCHE JUGEND, die NATURFREUNDJUGEND zusammen mit den Schülermitverwaltungen aller Esslinger Schulen im Aktionskomitee mit. Der ASTA der PH Esslingen stellte bereits vor dem Aufbau der Mitfahrdienste die Mitarbeit ein, ohne daß sein Ausscheiden Auswirkungen auf den weiteren Ablauf der Aktionen gehabt hätte.

Es ist uns nicht klar, warum der Esslinger Polizeidirektor Immel in den Stuttgarter Nachrichten mutmaßte, daß linksradikale Gruppen hinter der Aktion ROTER PUNKT stehen und warum die Esslinger Zeitung ebenfalls vermutet, daß die Aktion "insgeheim von extremer linker Seite gesteuert" werde. Es muß deutlich gesagt werden, daß das Aktionskomitee nie verheimlicht hat, welche Gruppen sich an dieser Aktion beteiligt haben.

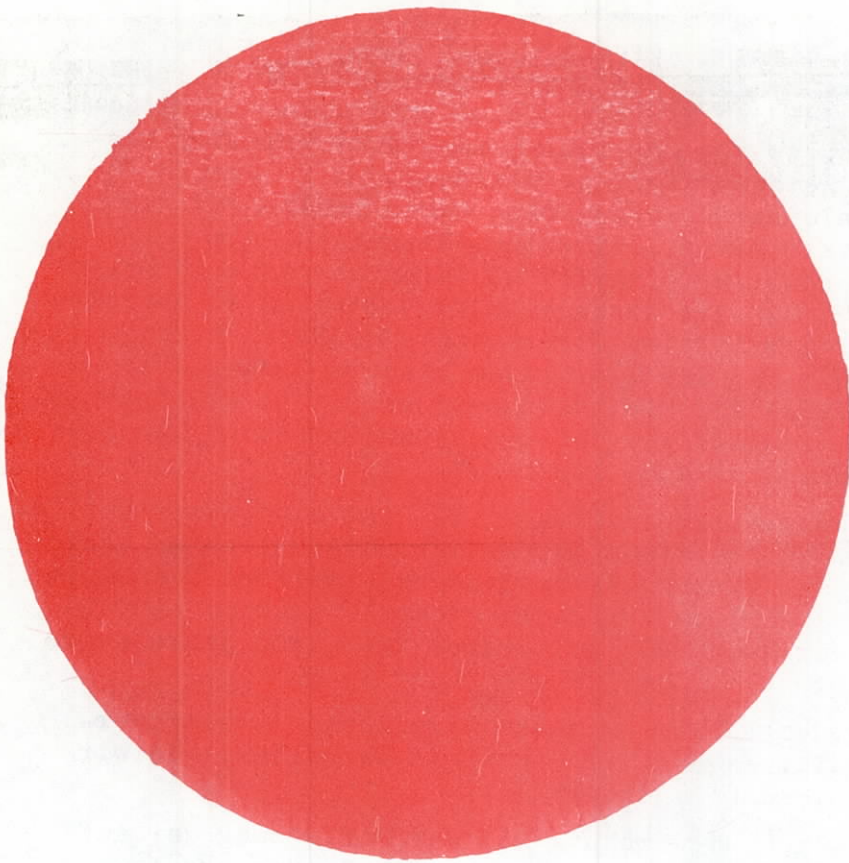
Alle anderen Organisationen, die zur Mitarbeit im Komitee aufgerufen wurden, insbesondere die SPD, einzelne Gewerkschaften, die Jungsozialisten und die DKP lehnten von vorneherein die Beteiligung ab aus opportunistischen Gründen im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen.

Die CDU hat ohnehin schon gegen die Stimmen der SPD die Fahrpreiserhöhungen im Stadtrat durchgesetzt. Hier wird deutlich, wie wenig die etablierten, sogenannten demokratischen Organisationen und Parteien bereit sind, die berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu vertreten, im Gegensatz zu den so oft verketzerten linken Gruppen.

Diese Forderungen sind:

1. Sofort: Zurücknahme der Fahrpreiserhöhung vom 1.7. und keine weiteren.
2. vorerst: Einheitstarif 50 Pfennig für alle öffentlichen Verkehrsmittel im kommunalen Verkehrsverbund. Sie müssen als leistungsfähige und moderne Massenverkehrsmittel ausgebaut werden und nicht nach dem Kostendeckungsprinzip, sondern ausschließlich nach dem Bedarf der Bevölkerung arbeiten.
3. Endgültig: NULLTARIF für alle öffentlichen Verkehrsmittel auf Kosten der Unternehmer.
4. Jetzt: Damit die Unternehmer diese Mehrkosten nicht auf die Verbraucher abwälzen können, fordern wir die GLEITENDE LOHN-PREIS-SKALA.

SONDERKONTO: ROTER PUNKT Norbert Langer Konto-Nr. 27920 Kreissparkasse Esslingen, Kennwort ROTER PUNKT



Flugblatt Nr. 10

Psychoterror gegen Roten Punkt!

(Polizei und Presse in "arbeitsteiligem" Einsatz)

In den Klassenzimmern mehrerer Esslinger Schulen tauchte gestern Polizei auf. Mit Strafandrohungen und unrichtigen Behauptungen versuchte sie, die Schüler einzuschüchtern und dadurch von der weiteren Teilnahme an der Aktion "Roter Punkt" abzuhalten. Was die Polizei verbal in den Schulen vorbrachte, stand schwarz auf weiß in der EZ, dem Organ des Bildzeitungsdruckers Bechtle. Polizei und lokale Presse arbeiten somit Hand in Hand. Eine Tatsache, die sich schon aus der bisherigen Berichterstattung der EZ unschwer erraten ließ.

Zur Richtigstellung:

--Völlig unhaltbar ist die Behauptung, daß es sich bei der Aktion "Roter Punkt" um eine Demonstration im Sinne des Versammlungsgesetzes handeln würde und deshalb angemeldet sein müsse. Bei der Aktion "Roter Punkt" handelt es sich vielmehr um eine legitime Form des passiven Widerstands gegen politisch oder wirtschaftlich ungerechte Maßnahmen. Diese Form des Widerstandes ist durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung und das der Versammlungsfreiheit gewährleistet. Die Teilnahme an der Aktion "Roter Punkt" ist also nicht strafbar, wie es die Polizei uns weismachen will. Auch die Blockierung von Straßenbahnen und Bussen muß nicht strafbar sein, sondern kann ein angemessenes Mittel sein, um seinen Forderungen politisch wirksamen Nachdruck zu verleihen. Da ein solches Mittel aber nicht verwerflich sein kann, ist der Straftatbestand der Nötigung nicht erfüllt.

Dazu Auszüge aus dem Urteil des Amtsgerichts Bremen vom 22.4.68:

"Die bloße Äußerung einer Meinung, z.B. bei einer Demonstration auf einem freien Platz, ohne daß diejenigen, die es angeht, es überhaupt zur Kenntnis nehmen, ist sinnlos. Der grundrechtliche Schutz bezweckt

geradezu, daß eine geistige Wirkung auf die Umwelt ausgeübt werden kann, daß versucht werden darf, meinungsbildend und überzeugend auf die Gesamtheit zu wirken...Dabei ist das Grundrecht der freien Meinungsäußerung umso höher zu bewerten, wo von ihm nicht zum Zwecke privater Auseinandersetzungen Gebrauch gemacht wird, wo vielmehr damit öffentliche Belange verfolgt werden. In einem solchen Falle haben andere weniger bedeutende Interessen zurückzutreten...Direktere Maßnahmen, die empfindlich in den Straßenbahnbetrieb eingriffen, waren das einzige erfolgversprechende Mittel, um auf die Preisgestaltung Einfluß zu gewinnen. Dabei drängt sich ein Vergleich mit dem Streikrecht zur Durchsetzung von Lohnforderungen auf. Dort ist das Ziel, eine bessere finanzielle Lage bzw. einen günstigen Preis für die geleistete Arbeit zu erzwingen... Eine ganz ähnliche...Interessenlage war bei den Demonstrationen zur Erzwingung niederer Straßenbahnfahrpreise gegeben."

--die Polizei redet von Schadenersatzforderungen. Das ist ein weiteres Mittel zur Einschüchterung, denn erstens ist es juristisch gesehen sehr fraglich, ob die Aktion "Roter Punkt" als politische Kampfform überhaupt widerrechtlich ist. Zweitens wird es den Verkehrsbetrieben kaum einfallen, gegen einen Schüler, der kein Geld hat, einen womöglich jahrelangen kostspieligen Prozeß zu führen.

--lächerlich ist die Drohung der Polizei mit dem Strafbestand des Widerstands gegen die Staatsgewalt, da dazu ein passives Verhalten, wie wir es bisher praktiziert haben, nicht ausreicht.

--an den Hasren herbeigezogen ist die Drohung mit der Verletzung der Aufsichtspflicht durch die Eltern und daraus entstehender Schadenersatzansprüche. Damit will man die Eltern zur "Polizei" ihrer Kinder machen.

--an Schwachsinn grenzt es, wenn die Polizei in bezug auf die Vorgänge am Samstagmittag vor dem Polizeirevier Landolinshof von Gefangenenerbefreiung spricht.

Das Ziel dieser Meinungsterrorkampagne ist klar: Polizei und Presse versuchen gemeinsam, eine politische Bewegung (die Aktion "Roter Punkt"), die die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung vertritt und die weitgehend deren Sympathie genießt (bisher über 7 000 Solidaritätsunterschriften sprechen eine deutliche Sprache), zu kriminalisieren und damit von der Bevölkerung zu isolieren, die Teilnehmer einzuschüchtern und damit zu demoralisieren. Das darf ihnen in Esslingen nicht gelingen!

Wir fragen: --Was hat die Polizei in der Schule gemacht?

Wir meinen: --Gar nichts !

Diese Provokation dürfen wir uns nicht gefallen lassen ! !

In einigen Schulen durfte die Polizei ihre Gegenpropaganda, ihre Drohungen und ihre Unwahrheiten verbreiten.

Wir fordern deshalb: VOLLE AGITATIONS - INFORMATIONSFREIHEIT FÜR
DIE TEILNEHMER DER AKTION "ROTER PUNKT" AUCH
WÄHREND DER UNTERRICHTSZEIT (was der Polizei
recht ist, muß uns mehr als billig sein!)

Der Kampf geht weiter, bis sämtliche Fahrpreis erhöhungen zurückgenommen worden sind!

Aktionskomitee Roter Punkt

Für Rechtsauskünfte stehen uns zur Verfügung: Rechtsanwalt Ulrich Cassel,
7 Stgt. 1, Urbanstr. 48, Tel.: 24 65 93
sowie die Gerichtsreferendargruppe an der Universität Tübingen.

Schriftzug
"Roter Punkt" soll durch Polizei terror gebrochen werden:

7 Tage Vorbeugehaft für Demonstranten!

Seit nunmehr 11 Tagen läuft die Aktion ROTER PUNKT gegen die Fahrpreiserhöhungen der öffentlichen Verkehrsmittel in Esslingen. Sie wurde bisher vorwiegend von Jugendlichen getragen. Sehr schnell allerdings solidarisierte sich die lohnabhängige Bevölkerung durch Unterschriften (bisher fast 8000!) und durch aktive Teilnahme an ROTER-PUNKT - Mitfahrdienst.

Die Demonstranten genießen eindeutig die Sympathie der Bevölkerung. Sehr oft hört man Worte wie: "Richtig so, was die Jugend macht, wenn die Alten versage!" Bechtles EZ sah sich gezwungen, ihre verleumderische und entstellende Berichterstattung (sie bestand teilweise nur aus dem Abdruck von Polizeiberichten) aufzugeben. Am letzten Samstag ließ sie zum ersten Mal ausführlich und unverstümmelt das Aktionskomitee ROTER PUNKT zu Wort kommen; erstmals wurden auch positive Leserbriefe zur Aktion veröffentlicht. Aber warum berichtet die EZ nicht über die zahlreichen Brutalitäten und illegalen Übergriffe der Polizei? Warum nicht von den Provokationen der POPOS, der Kriminalbeamten in Zivil?

Seit Mittwoch wird versucht, durch Großeinsatz der Polizei - über 100 Polizisten aus der ganzen Umgebung stationieren ständig in Esslingen, und 20 POPOS spionieren am Bahnhofplatz - die Aktion ROTER PUNKT zu brechen, die Demonstranten einzuschüchtern und zu kriminalisieren. An einigen Schulen, wie z.B. an der Kennedy-Schule in Oberesslingen, erschienen uniformierte Polizisten während des Unterrichts und drohten den Schülern! Am Donnerstagabend wurden 2 Demonstranten willkürlich festgenommen und erst gegen 3 Uhr morgens wieder freigelassen.

AM FREITAG NACHMITTAG WURDE WOLFRAM BURGER, MITGLIED DES AKTIONSKOMITEES ROTER PUNKT, OHNE ERSICHTLICHEN UNMITTELBAREN GRUND ALS "HAUPTAKTEUR" VERHAFTET UND AM SAMSTAGMORGEN VOM SCHNELLRICHTER AUF DEM AMTSGERICHT ESSLINGEN ZU 7 TAGEN VORBEUGUNGSHAFT VERKNACKT; SEITHER SITZT ER IN STUTTGART IM GEFÄNGNIS.

Ist das die Aufgabe unserer Polizei und unserer Justiz? Nicht die, die an den Fahrpreiserhöhungen schuld sind, werden verfolgt, sondern die, die sich dagegen wehren, die die Interessenvertretung der Bevölkerung in die Hand nehmen, weil unsere "gewählten Vertreter" das nicht tun! OB Klapproth fordert Polizeieinsatz, um durchzusetzen, daß die öffentlichen Verkehrsmittel weiterhin nach privatkapitalistischen Prinzipien auf Kosten der Benutzer funktionieren, statt nach den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Esslinger! Arbeiter, Schüler, Studenten! Laßt es nicht zu, daß die Preise zum Schaden der Lohnabhängigen laufend erhöht werden und die Jugend, die etwas dagegen tut, eingeschüchtert und kriminalisiert wird! Wir rufen alle, die gegen die Fahrpreiserhöhungen sind, auf, teilzunehmen an einer angemeldeten

Demonstration und Kundgebung

AM HEUTIGEN MONTAG 12. JULI AB 17 UHR MARKTPLATZ (KUNDGEBUNG 18 UHR BLARERPLATZ)

---GEGEN DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN DER ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTEL

---GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DER ROTE-PUNKT - DEMONSTRANTEN

---FÜR DIE FREILASSUNG VON WOLFRAM BURGER !

Wir rufen die Gewerkschaftsvertreter und die Vertreter anderer Organisationen auf, bei dieser Kundgebung das Wort zu ergreifen. Wir laden ebenfalls OB Klapproth und Vertreter der Parteien, der Verkehrsbetriebe und der Polizei ein, sich auf dieser Kundgebung der Diskussion zu stellen!

Aktionskomitee ROTER PUNKT Esslingen
Spendenkonto (für Rechtsschutz etc.): Norbert Langer Kreisspark. Esslingen
Kt.Nr. 27 820 Kennwort ROTER PUNKT

Das **AKTIONSKOMITEE ROTER PUNKT** esslingen bittet alle Organisationen und Verbände der Lohnabhängigen und der Jugend, nachstehenden Text, wenn sie damit einverstanden sind, zu unterschreiben:

E R K L Ä R U N G :
=====

Die unterzeichneten Organisationen

- fordern die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen der Straßenbahn END und der Esslinger Verkehrsbetriebe vom 1. Juli 1971;
- protestieren gegen den Versuch, die jungen Demonstranten der **AKTION ROTER PUNKT** zu kriminalisieren und ihren Protest durch Polizeimaßnahmen zu brechen.

.....

Von der **REUTLINGER GEWERKSCHAFTSJUGEND** erhielten wir folgende Solidaritätserklärung:

Reutlingen, den 9.7.71

Die Gewerkschaftsjugend Reutlingen solidarisiert sich mit der **Aktion "Roter Punkt"**, die die Fahrpreiserhöhungen der Esslinger Verkehrsbetriebe bekämpft.

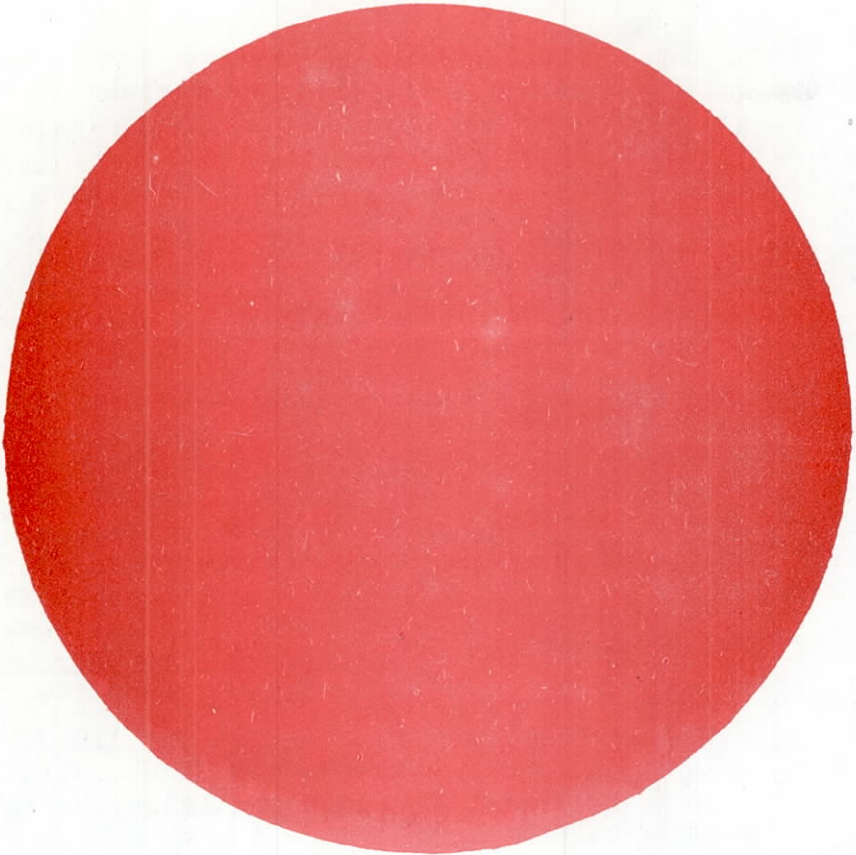
Die **Aktion "Roter Punkt"** vertritt damit die Interessen der gesamten lohnabhängigen Bevölkerung, den Fahrpreiserhöhungen bedeuten ähnlich wie Mieterhöhungen und allgemein Preissteigerungen für die Arbeiterschaft Lohnkürzungen.

Wir fordern die **Aktion "Roter Punkt"** auf, mehr als bisher darauf hinzuwirken, daß unsere Kollegen in den Esslinger Betrieben diese **Aktion** unterstützen. Es wird dann die Aufgabe unserer Kollegen in den Betrieben sein, die Gewerkschaft dazu zu bringen, die Interessen der Lohnabhängigen auch in dieser Sache zu vertreten.

Gewerkschaftsjugend Reutlingen

i.A. Wolfgang Brauner

Hellmut G. Haasis



Aktion
Roter Punkt

Flugblatt

Nr. 14

16. 7. 71.

Am Mittwochabend (14.7.) fand im Esslinger DGB - Haus auf Einladung der ÖTV in Anwesenheit der Presse eine Diskussion zwischen den Gewerkschaften und dem Aktionskomitee Roter Punkt statt. Nachdem vergangene Woche die ÖTV in Bonn Vorschläge zur Lösung der Probleme des öffentlichen Verkehrs veröffentlicht hatte, die sich weitgehend mit unseren Vorstellungen decken, sollte versucht werden, eine Aktionseinheit in Esslingen zwischen den Gewerkschaften und dem Aktionskomitee Roter Punkt gegen die Fahrpreiserhöhungen zustande zu bringen.

Das Aktionskomitee hat diesen Vorschlag begrüßt: Endlich scheint die Esslinger Gewerkschaftsführung sich auf ihre Aufgabe zu besinnen, die Interessen der Arbeiter auch gegen Fahrpreiserhöhungen zu verteidigen! Endlich scheint der Esslinger DGB eingesehen zu haben, daß sein Platz an der Seite der jugendlichen Demonstranten ist, die in dieser Sache die Interessen der Arbeiter mitverteidigen!

Aber leider kam die Aktionseinheit zwischen Gewerkschaften und Aktion Roter Punkt nicht zustande.

Auf der Grundlage der ÖTV-Vorschläge, von Kollegen dieser Gewerkschaft vorgebracht, hätten wir uns einigen können. Aber was wir von den Personalräten der END, der Esslinger Verkehrsbetriebe, von den Vertretern der Eisenbahner und der Polizei (Popochef Ohler fanden wir im DGB-Haus als "Kollegen" wieder) zu hören bekamen, das waren Argumente, wie wir sie von Kapitalisten, nicht von Gewerkschaftern gewohnt sind: Der Personalrat der END z.B. meinte, er müsse die Fahrpreiserhöhungen rechtfertigen, nicht bekämpfen! In der halbseitigen Anzeige in der EZ, die er zusammen mit der Direktion der END unterschrieben hatte (dafür hatte die END plötzlich Geld!), heißt es: "Wir sitzen alle in einem Boot." Wirklich? Zusammen mit der Direktion der END, dem Gemeinderat, OB Klapproth, den Unternehmern? Und wozu ist dann eigentlich die Gewerkschaft da? Vielleicht, um gegen die Aktion Roter Punkt vorzugehen?

Zur Ehre des DGB muß gesagt werden: Die Mehrheit der anwesenden Gewerkschafter fand solche Ansichten zumindest deplaziert.

Kollege Heinkele von der ÖTV schien für die Aktion Roter Punkt volles Verständnis zu haben. Er schlug schließlich folgende 6 Punkte als gemeinsame Erklärung des DGB und des Aktionskomitee vor:

- 1.- Der DGB begrüßt die Aktion Roter Punkt und erklärt sich solidarisch.
- 2.- Der Gemeinderat wird aufgefordert, spätestens bis zum 21.7.71 zusammenzutreten und alle Fahrpreiserhöhungen zurückzunehmen.
- 3.- Solange werden die Kollegen aufgefordert, die Möglichkeiten der Aktion Roter Punkt (Mitfahrdienst) voll zu unterstützen und auszuführen.
- 4.- Die Aktion Roter Punkt wird nur legale Mittel anwenden.
- 5.- Aktionskomitee und DGB handeln nur im Interesse der Bevölkerung.
- 6.- DGB und Aktionskomitee werden sich am 22.7. wieder treffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Mit allen Punkten waren wir im großen und ganzen einverstanden - nur im 4. Punkt war ein Haken: Die DGB-Vertreter erklärten nämlich, daß sie die gewaltlosen Blockaden der öffentlichen Verkehrsmittel als illegal ansehen, obwohl sie selbst zugaben, daß die Rechtslage zumindest offen sei. Das Aktionskomitee sieht gewaltlose Blockaden als legale Protestform gegen Fahrpreiserhöhungen an und stützt sich dabei auf eine Urteilbegründung des Bremer Amtsgerichts vom 22.4.1968: "...Direktere Maßnahmen, die empfindlich in den Straßenbahnbetrieb eingriffen, waren das einzige erfolgversprechende Mittel, um auf die Preisgestaltung Einfluß zu gewinnen. Dabei drängt sich ein Vergleich mit dem Streikrecht zur Durchsetzung von Lohnforderungen auf..." (siehe Flugblatt Nr. 10).

Vor allem aber: Nicht Leserbriefe, Gespräche, Proteste haben die für die Fahrpreiserhöhungen Verantwortlichen gezwungen, sich wieder mit der Sache zu beschäftigen, sondern die massiv von mobilisierten Jugendlichen durchgeführten Straßenbahn- und Busblockaden in Esslingen. Nur durch solche Aktionen kann die ganze Bevölkerung aufgerüttelt werden - siehe Bremer Amtsgerichtsurteil, siehe Hannover, siehe Heidelberg. In Ludwigsburg dagegen, wo die Aktion Roter Punkt ohne Blockaden probiert wurde, hat sie garnichts erreicht.

Wir sind sicher, daß jeder Arbeiter das versteht. Bekommen die Arbeiter etwa schon mehr Lohn, wenn sie einen freundlichen Brief an ihren Ausbeuter schreiben? Oder müssen sie sich Lohnerhöhungen erkämpfen durch Streiks? Als im letzten Herbst die Metallarbeiter durch Warnstreiks ihre Lohnforderungen weitgehend durchsetzen konnten, hetzten Unternehmer und Bild-Zeitung, Streiks gingen auf Kosten der Bevölkerung. Wenn wir jetzt die öffentlichen Verkehrsmittel blockieren, sagen uns Gewerkschafter der END dasselbe!

Der DGB schlug uns vor, die Blockaden für eine Woche - bis nach der Gemeinderatssitzung - auszusetzen. Kommen nicht auch die Unternehmer bei Streiks mit dem Vorschlag, zuerst wieder die Arbeit aufzunehmen, erst dann könne man verhandeln? Die Arbeiter wissen, daß ihre Kraft, ihr Druck auf die Unternehmer auf dem Streik gründen, auf dem gemeinsamen Kampf, und sie gehen erst wieder an die Arbeit, wenn sie unter diesem Druck ein gutes Ergebnis erreicht haben. Genauso wissen wir von der Aktion Roter Punkt, daß wir nur durch unsere Kampfmaßnahmen wie Blockaden die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen erzwingen!

Ein erstes Ergebnis unseres Kampfes wurde gestern bekannt: Die Zuschüsse für Schülermonatskarten werden erhöht. Die Jugendlichen lassen sich aber damit nicht kaufen. Sie führen den Kampf stellvertretend für alle Lohnabhängigen, sie fordern die Zurücknahme aller Fahrpreiserhöhungen! Solange geht's weiter!

Die Unterstützung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, ist für uns entscheidend. Zur Zeit erlaubt sich die Polizei, brutal und massiv gegen die jugendlichen Demonstranten vorzugehen. Das kann man jeden Abend am Bahnhofsplatz erleben. Wenn aber erst einmal die Arbeiter mitmachen, dann - das hat das Beispiel Hannover gezeigt - dann läßt sich kein Polizist mehr auf der Straße blicken, dann müssen die Fahrpreiserhöhungen zurückgenommen werden.

Deshalb schlagen wir allen Kollegen, die mit den Forderungen der Aktion Roter Punkt einverstanden sind, vor, in ihrer Gewerkschaft geeignete Maßnahmen zu besprechen und sie durchzuführen. Am Montagabend sollte eine Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte darüber diskutieren.

W I R G E B E N N I C H T A U F ! ! ! !

Die Stadt Esslingen befindet sich zur Zeit in einem permanenten Belagerungszustand: Etwa 500 Polizisten sind zusammengezogen, um, wie OB Klapproth meinte, die Aktion bis Samstag zu zerschlagen. Die Kosten des Polizeiaufgebots sind inzwischen auf DM 300 000 angewachsen und entsprechen somit etwa der Summe, die benötigt wird, um das Defizit der END für ein Jahr zu decken !!!

Die Schüler lassen sich weder durch brutalen Gummiknüppeleinsatz oder Psychoterror (willkürliche Verhaftungen), noch durch den von der Stadt beschlossenen Härteausgleich (!) in Höhe von DM 4.- von dem eigentlichen Ziel der ROTE PUNKT Aktion abbringen:

1. Zurücknahme aller Fahrpreiserhöhungen
2. Einheitstarif von 50 Pf. für alle, die die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. (Die ÖTV forderte unlängst in Bonn sogar nur 30 Pf. !!!)

Wir werden den Kampf fortsetzen, um unseren Forderungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen !!!

Im August und September werden weitere private Verkehrsbetriebe die Fahrpreise erhöhen, deswegen ist es jetzt wichtig, den Herren der Stadtverwaltung einen ROZEN PUNKT zu setzen und durch einen entschiedenen Kampf zu zeigen, daß wir nicht mehr gewillt sind, uns die Frechheit bieten zu lassen, daß die Stadtverwaltung sich über die Interessen von Schülern, Lehrlingen, Studenten und Arbeitern hinwegsetzt!

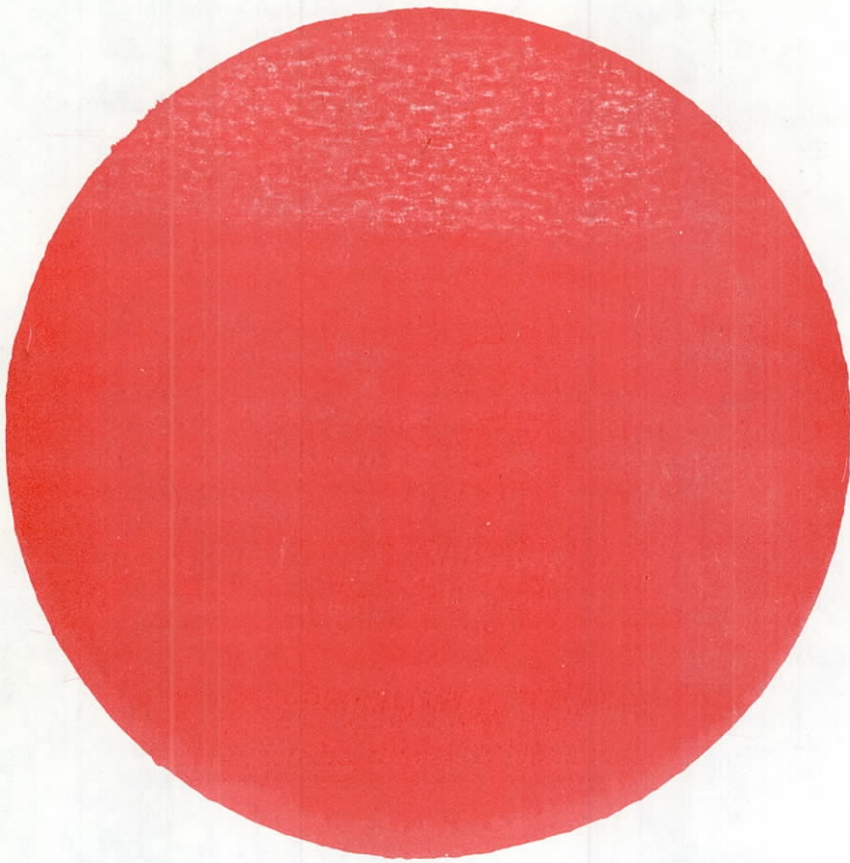
AKTIONSKOMITEE ROTER PUNKT

Spendenkonto: Norbert Langer
Kontonummer 27820 3 Kreissparkasse Esslingen

The first part of the document is a letter from the Secretary of the Board of Directors to the shareholders. The letter discusses the financial performance of the company for the year ending December 31, 1954. It mentions that the company has achieved a record level of earnings and has paid a dividend of \$1.50 per share. The letter also discusses the company's plans for the future, including the acquisition of new assets and the expansion of its operations.

The second part of the document is a report from the Board of Directors to the shareholders. The report provides a detailed analysis of the company's financial performance and discusses the reasons for the success. It also discusses the company's plans for the future and the role of the shareholders. The report concludes with a statement of confidence in the company's future prospects.

The third part of the document is a resolution of the Board of Directors. The resolution authorizes the Board to take certain actions, including the acquisition of new assets and the expansion of its operations. The resolution also authorizes the Board to pay a dividend of \$1.50 per share to the shareholders.



Aktion Roter Punkt Flugblatt Nr. 16

PRESSEERKLÄRUNG DES AKTIONSKOMITEES ROTER PUNKT VOM 24.7. 1971

Seit Donnerstag fahren in Esslingen die Straßenbahnen wieder. Die Aktion Roter Punkt hat sich dafür entschieden, die Blockade der öffentlichen Verkehrsmittel aufzugeben, um der Polizei nicht weiter die Möglichkeit zu geben, die Aktion mit brutalen Einsätzen zu bekämpfen und die Demonstranten und damit auch die Aktion zu kriminalisieren. Trotz massiver Polizeieinsätze und der Festsetzung zweier Demonstranten konnte die Aktion Teilerfolge erzielen:

- Die Bezuschussung der Schülermonatskarten durch die Stadt wurde erhöht. Diesen Erfolg versuchte die Stadtverwaltung auf lächerliche Art durch ihre EZ-Sonderbeilage zu vertuschen: darin wurde behauptet, die Stadt habe schon immer die Bezuschussung erweitern wollen. Diese Behauptung ist widerlegt!
- Durch die Aktionen der Jugendlichen konnte gezeigt werden, wie man seine Interessen durchsetzt - nämlich durch Mobilisierung und Kampf. Dabei zeigte die Polizei deutlich, wessen Interessen sie vertritt.
- Die Idee des Nulltarifs für öffentliche Verkehrsmittel wurde populär. Die Forderung nach einem Einheitstarif und später Nulltarif ist nun in Esslingen auf der Tagesordnung.

Diese Forderungen können jedoch nur durchgesetzt werden, wenn breite Schichten der Bevölkerung - vor allem die Arbeiter - sich solidarisieren und die Aktion aktiv unterstützen.

Es ist vor allem die Aufgabe der Gewerkschaften, sich am Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen zu beteiligen, anstatt sich nur auf verbalen Protest und Empfehlungen (30 Pfennig Einheitstarif) zu beschränken.

Studenten und Schüler können solche Aktionen ins Rollen bringen, aber nur mit der aktiven Beteiligung der Arbeiter können Forderungen im Interesse aller Lohnabhängigen durchgesetzt werden.

D E R K A M P F W I R D W E I T E R G E F Ü H R T !

- der Autobahnhof wird aufrecht erhalten, der Mitfahrdienst wird weiterhin organisiert.

- Der Informationsstand am Bahnhof bleibt, mit Mitgliedern des Aktionskomitees besetzt, bestehen.
- Dort werden auch Spenden entgegengenommen, um weitere Aktionen und die Rechtsbeistände für die unter Anklage stehenden Demonstranten zu finanzieren.

Am 20.7.71 wurde der Demonstrant Wilfried Schindler wie schon eineinhalb Wochen zuvor Wolfram Burger zu sieben Tagen Polizeigewahrsam verurteilt. Ein Antrag auf einstweilige Ausetzung des Gewahrsams wurde vom Landesgericht Stuttgart abgelehnt. Gleichzeitig wurde die Stadt Esslingen aufgefordert, unter anderem Angaben darüber zu machen, warum die Maßnahmen der Polizei gegenüber den Demonstranten nicht mehr ausreichen; das Landgericht fragt damit, inwiefern die Festsetzung Schindlern nötig war. Hieraus geht eindeutig hervor, daß für das Landgericht die Angaben der Polizei, die zur Festsetzung von Schindler führten, nicht ausreichen, um den "Fall" überhaupt zu verhandeln. Anders ausgedrückt heißt das, daß Amtsgerichtsrat Steudle vom Amtsgericht Esslingen aufgrund mangelhafter Beweise Schindler die sieben Tage aufgebrummt hat. Obendrein hat sich Herr Steudle noch erlaubt, Freunden von Schindler einen Besuch im Polizeigefängnis Stuttgart zu verweigern. Hier fand sich offensichtlich jemand, der der Polizei und ihren Auftraggebern (Stadtverwaltung + Klapproth) jeden Wunsch erfüllt.

Wir fordern

- sofortige Freilassung von Wilfried Schindler
- zurückziehung der Strafanzeigen gegen Demonstranten
- sofortige zurücknahme der Fahrpreis erhöhungen

DEMONSTRATION

am Montag, dem 26. Juli um 17⁰⁰ Uhr
Treffpunkt Rathausplatz



